

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans-Adolf Jacobsen

Der Zweite Weltkrieg – Eine historische Bilanz

Albrecht Lehmann

Die Kriegsgefangenen

Alfred Theisen

Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes  
Kapitel europäischer Zeitgeschichte

Juliane Wetzel

„Displaced Persons“

Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte

B 7–8/95

10. Februar 1995

Hans-Adolf Jacobsen, Dr. phil., Dr. h. c., geb. 1925; Professor em. an der Universität Bonn für Politische Wissenschaft; 1969–1989 Sprecher des Beirats für Innere Führung des Bundesministeriums der Verteidigung.

Zahlreiche Studien und Dokumentationen zur deutschen Politik im 20. Jahrhundert, zu den Ost-West-Beziehungen und zu Fragen deutscher Sicherheitspolitik, darunter: Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung, Düsseldorf 1977; (Hrsg.) Friedenssicherung durch Verteidigungsbereitschaft. Deutsche Sicherheitspolitik 1949–1989, Mainz 1990.

Albrecht Lehmann, Dr. phil., geb. 1939; Inhaber des Lehrstuhls für Volkskunde an der Universität Hamburg.

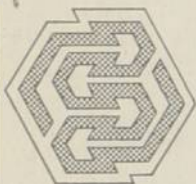
Veröffentlichungen u. a.: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München 1986; Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1993<sup>2</sup>; zahlreiche Bücher und Aufsätze zur Volkskunde, zur Gemeindeforschung, zur Lebenslaufforschung, zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte.

Alfred Theisen, geb. 1959; Redakteur des Deutschen Ostdienstes (DOD) und Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bonn.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen der Vertriebenenpolitik, zur heutigen Situation deutscher Volksgruppen im Osten sowie zu Fragen der deutschen Europa- und Ostpolitik.

Juliane Wetzel, Dr. phil., geb. 1957; 1986–1991 Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, München; seit 1991 wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin.

Veröffentlichungen zum Thema jüdische Verfolgungs- und Nachkriegsgeschichte und zum Rechtsextremismus, u. a.: (zus. mit Angelika Königseder) Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,00 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



## Der Zweite Weltkrieg – Eine historische Bilanz

1995 jährt sich zum 50. Mal das Ende jenes totalen Krieges, dessen Ausgang das Gesicht unseres Jahrhunderts so entscheidend geprägt hat. An ihm haben sich 67 Staaten dieser Erde beteiligt; mehr als 60 Millionen Tote bedeckten die Schlachtfelder auf allen Kriegsschauplätzen. Seine Nachwirkungen reichen bis in die Gegenwart.

Mancher Zeitgenosse mag sich vor dem Hintergrund des Transformationsprozesses in Osteuropa und der mannigfachen Konflikte in der Welt, insgeheim oder öffentlich, die wohl berechtigte Frage stellen: Wer hat im Endergebnis diesen Zweiten Weltkrieg gewonnen? Für viele Veteranen Rußlands ist es z. B. einfach unfaßbar, daß Deutschland und Japan, die 1945 bedingungslos kapituliert hatten, fünfzig Jahre nach der schwersten Niederlage ihrer Geschichte wie ein „Phönix aus der Asche“ wieder mit an der Spitze der Staatenhierarchie stehen und ihren Regionalbereich zu dominieren vermögen; jetzt zwar nicht mehr mit militärischen, aber mit politisch-ökonomischen Mitteln. Daß es zwischen einst und heute gravierende Unterschiede gibt, wollen sie nicht so recht wahrhaben.

Eine andere Frage ist ernsthafter zu stellen: Wie werden diese beiden Staaten in Zukunft ihre neu gewonnene Macht nutzen? Können die früher von ihnen bedrohten, okkupierten oder mißhandelten Völker deren Vereinbarungen, Zusicherungen und Handlungsweisen, nach allem was geschehen ist, wirklich trauen? Um diese und ähnliche Zweifel besser verstehen zu können, muß im Lichte zeitgeschichtlicher Forschung verdeutlicht werden, wie dieser Krieg in Ursachen, Verlauf und Konsequenzen historisch zu bewerten ist. Auch hier gilt, daß ohne Erinnerung kein Verstehen der Gegenwart und kein Bewältigen einer gemeinsamen friedlichen Zukunft möglich ist<sup>1</sup>.

Das äußere Erscheinungsbild dieses Krieges ist bisher überwiegend von den eingesetzten Waffensystemen, den Kämpfen und Leiden des Soldaten bzw. der Zivilbevölkerung, von der Mobilisierung aller Ressourcen, den entfesselten Leidenschaften und einer maßlosen Propaganda bestimmt gewesen, mit deren Hilfe das eigene Handeln stets von

neuem gerechtfertigt und das der Gegner verteuert wurde. Dies alles hat dazu geführt, daß die meisten Autoren zunächst den Krieg primär als eine militärische Auseinandersetzung analysiert haben, und dies zudem noch aus dem engen Blickwinkel einer Nation oder einer Region. Nur in den seltensten Fällen ist dies unter dem Aspekt weltpolitischer Perspektiven geschehen. Heute aber steht fest: Der totale Weltkrieg kann nur dann in seiner eigentlichen Dimension begriffen werden, wenn dabei die Wechselwirkungen von Politik und Kriegführung in all ihrer Vielfältigkeit und ihrer globalen Dimension gewürdigt werden<sup>2</sup>.

---

### I. Kriegsziele

---

Damit hängt eine Reihe von Fragen zusammen, die unterschiedliches Gewicht haben: Wie weit waren die verkündeten Kriegsziele zwischen den jeweiligen Partnern abgesprochen oder miteinander vereinbar? Wie hat sich das auf allen Seiten der Kriegführenden erkennbare Problem der Zielkonflikte auf das politische und strategische Handeln ausgewirkt? Sicherlich haben sich auch manche angestrebten Ziele – sehen wir einmal von den propagandistischen ab – im Laufe der Jahre auf Grund neuer Lagebeurteilungen (z. B. 1941) geändert, sind reduziert, erweitert oder wieder bestätigt worden. Die Verwirklichung von gewünschten Teilzielen mag auch am eigenen Unvermögen, an der Obstruktion der Bündnispartner gescheitert oder Folge von Kompromissen bzw. Kompensationen gewesen sein. Ob auf deutscher Seite von einem mehrphasigen „Stufenplan“ Hitlers zur Erkämpfung der deutschen Weltvormachtstellung gesprochen werden kann, ist nach wie vor eine kontroverse Frage. Aus der Perspektive des Jahres 1945 spricht vieles für diese These, zumal die Endziele der NS-Führung schon seit den zwanziger Jahren programmatisch weithin festgelegt waren<sup>3</sup>.

Hinzu kommt die Tatsache, daß Spannungen untereinander – insbesondere auf Seiten der Anti-

1 Vgl. K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen, Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1993<sup>2</sup>, vor allem S. 532 ff., 542 ff., 566 ff., Literaturverweise, S. 591 ff.

2 Vgl. den guten Überblick von W. Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München–Zürich 1989.

3 Vgl. A. Hillgruber, Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der großen Mächte, Stuttgart u. a. 1982.



hitler-Koalition, d.h. Großbritanniens, der Sowjetunion, der USA und Frankreichs unter de Gaulle – bzw. die Lage an den Fronten die Führungskräfte veranlaßt haben, weitgesteckte Zielsetzungen vorerst zurückzustellen, sich den Partnern im Interesse der Bündniskohäsion anzupassen und erst zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt die eigenen Forderungen wieder stärker zu betonen. Unverkennbar war die Tendenz der Anglo-Amerikaner, schwerwiegenden und folgenreichen Entscheidungen bis Kriegsende auszuweichen (Politik der Vertagung) in der Hoffnung, dann mit der Sowjetunion schneller zu einer Einigung zu kommen. Häufig mögen bestimmte Ziele auch als Reaktion auf die Strategie der Gegenseite bzw. zur Festlegung von Prioritäten („Germany first“) formuliert worden sein<sup>4</sup>.

Im Mittelpunkt der Kriegsziele stand der militärische Sieg, um dem Gegner den politischen Willen aufzwingen oder ihn zu Verhandlungen nötigen zu können. Aber es konnte auch vorkommen, daß damit das Eingreifen anderer Mächte in den Konflikt verhindert werden sollte. Spätestens seit 1942/43 hat die NS-Führung den Krieg freilich nur noch um des Krieges willen geführt. Radikal hatte Hitler formuliert: „Deutschland wird Weltmacht oder überhaupt nicht sein.“ Die in den letzten Monaten des Krieges genährte Hoffnung auf eine Spaltung der feindlichen Koalition und damit auf eine Beendigung des Krieges zu erträglichen Kosten erwies sich einmal mehr als Ausdruck jenes Wunschdenkens, von dem die NS-„Eliten“ geprägt waren und welches bewies, daß diese unfähig waren, die Welt und ihre eigene Umgebung realistisch einzuschätzen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Spätestens seit 1941 hat Hitler die deutsche Wehrmacht vor unerfüllbare Aufgaben gestellt<sup>5</sup>.

Erst wenn diese und ähnliche grundsätzliche Fragen, soweit möglich, geklärt sind, kommt es darauf an, die militärischen Maßnahmen aller Waffengattungen, die Bemühungen auf dem Gebiet der Technik, der Wirtschaft, der Rüstung und des Geheimdienstes sowie die psychologischen Gegebenheiten usw. in den historischen Gesamtverlauf einzuordnen, um die ihnen im Rahmen des Ganzen zukommende Gewichtung herauszuarbeiten. Und endlich gehört dazu die keineswegs leichte Aufgabe, das Völkerringen unter regional-weltpolitischen Perspektiven und Ordnungsprinzipien zu erfassen, wie dies zuletzt G. L. Weinberg in seinem Werk „A World at Arms“ getan hat<sup>6</sup>.

4 Vgl. grundlegend: G.L. Weinberg, A world at Arms, Cambridge 1994.

5 Vgl. H.-A. Jacobsen (Mithrsg.), Deutsche-russische Zeitenwenden. Krieg und Frieden 1941–1995, Baden-Baden 1995 (Beitrag von B. Wegner).

6 Vgl. Anm. 4.

Für die kriegführenden Großmächte war es bezeichnend, daß das Denken in den Kategorien von „Großräumen“, meist weltumspannenden Ausmaßes, im Mittelpunkt stand, so etwa bei den Plänen der Achsenmächte (d.h. Japans, Deutschlands und Italiens) über die künftige Aufteilung der Welt (1940), aber auch bei denen ihrer Gegner. Kein geringerer als Winston Churchill hat über seine Eindrücke vom Dezember 1941 (nach dem japanischen Überfall auf die US-Flotte in Pearl Harbor) geschrieben, damals sei ihm klar geworden, daß das Schicksal Hitlers und Mussolinis besiegelt gewesen sei und Japan zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden würde: „Nichts blieb zu tun, als unsere überwältigenden Machtmittel einzusetzen. Keine andere Kombination auf der Welt hätte unserer vereinten Macht widerstehen“ können. Und in welchem Umfang die amerikanische Strategie wirklich global gewesen ist, geht aus den zahlreichen politischen und militärischen Planungsarbeiten, Operationen und Wirtschaftslieferungen (Lend-Lease-System, durch das die USA die Alliierten mit kriegswichtigen Gütern versorgten), vor allem auch aus der Verteilung und Versorgung der Streitkräfte hervor: Ende 1943 hatten die USA 8800 Flugzeuge und 515 Kriegsschiffe in Europa und 7800 Flugzeuge sowie 713 Kriegsschiffe in Ostasien eingesetzt. Ein Jahr später zeigt die Dislozierung ihrer Armeen folgendes Bild: 50 Prozent der Truppen kämpften auf dem europäischen Kontinent, 17 Prozent im Mittelmeerraum, 26 Prozent im Pazifik, der Rest (7 Prozent) in Afrika, im Mittleren Osten, in China, Burma, Indien, Alaska und im Karibischen Meer. Zur gleichen Zeit hatte Großbritannien die Hälfte seiner Streitkräfte „overseas“ und die andere Hälfte in Europa disloziert. Es kämpfte im Atlantik, im Mittelmeer, vom Mittleren Osten bis Indien und Burma, um seine Interessen zu sichern. Demgegenüber mußte bzw. konnte die sowjetische Führung das ganze Schwergewicht ihres Kampfes auf dem europäischen Kontinent konzentrieren; so gesehen trug sie hier zweifellos die größte Last der „Antihitler-Koalition“<sup>7</sup>.

Wir wissen heute, daß Japan, Italien und Deutschland – d.h. die zu spät gekommenen Nationen oder auch die sogenannten „Habenichtse“ – den politischen Status quo nach dem Ersten Weltkrieg zu ihren Gunsten verändern wollten – und zwar auch als Antwort auf die mißglückten Friedensverträge von 1919/21. Beginnend mit den dreißiger Jahren haben sie Asien und Europa in einem atemberaubenden Anlauf zur imperialen Eroberung herauszufordern begonnen. Deren Aktionen blieben allerdings weitgehend voneinander getrennt, auch zum Teil ohne gegenseitige Fühlungnahme,

7 Vgl. ebd., S. 921 ff. (Bibliographic essay).



wenngleich die Erfolge des einen (und das Versagen des Völkerbundes, die Aggressoren in die Schranken zu weisen) auch den anderen in seiner Entscheidung zum Losschlagen ermutigt haben mochten. Das traf u. a. 1941 zu, als Tokio den Krieg im Pazifik eröffnete – in gewisser Weise als Teil des europäischen Konfliktes und auch als Konsequenz der deutschen militärischen Siege. Andererseits scheiterten gelegentliche Versuche, den Partner zugunsten gemeinsamer oder eigener strategischer Operationen in seinen Beschlüssen umzustimmen. Daher ist es unzutreffend, von einer organisierten, zielbewußten Verschwörung dieser drei Partner gegen den Frieden zu sprechen. Sie waren Verbündete, deren Herrschaftssysteme sich in ihren Strukturelementen bei allen nachweisbaren Parallelen doch grundlegend unterschieden. Dies kann u. a. an der barbarischen, rassenbiologisch begründeten, z. T. systematischen NS-Vernichtungspolitik in den besetzten Ländern Europas und den andersgearteten drakonischen Methoden Japans in Asien sowie an der unterschiedlichen Einstellung Berlins und Tokios gegenüber den übrigen Großmächten verdeutlicht werden<sup>8</sup>. Zudem standen hinter der von ihnen verfolgten expansionistischen Politik verschiedene soziale Schichten. In Europa waren es vor allem die konkurrierenden Diktatoren mit ihren Führungseliten, die gegen den Willen vieler Militärs zum Krieg trieben. In Japan hatte sich die militante Heeresgeneralität gegenüber Marine und Außenministerium durchgesetzt<sup>9</sup>.

Zweifellos haben Japan, Italien und Deutschland, von einem fanatischen „historischen Sendungsbeußtsein“ motiviert, eine regional begrenzte Neuverteilung des Rohstoff- und Siedlungsraumes in der Welt angestrebt, um ihre autoritären bzw. totalitären Ordnungssysteme durchzusetzen und sodann die eroberten Gebiete militärisch abzusichern. Ihre Ziele waren letztlich Ausdrucksformen spätimperialistischer Machtpolitik, wobei die japanische Politik mit der faschistischen und nationalsozialistischen vor allem eines verband: Die Expansion war weniger – wie in der Zeit des klassischen Imperialismus – Ausdehnung aus Überfluß

an Kapital, Menschen und Waren, sondern mehr Ausdehnung aus einer Art Kurzschlußreaktion auf politische Depression und wirtschaftliche Krisen. Zu ergänzen wäre, daß die nationalsozialistische Ausprägung des Spätimperialismus – sehen wir einmal von der veränderten Stoßrichtung ab, die 1939 bis 1943 im Gegensatz zu der überseeisch-weltpolitischen des Kaiserreiches kontinental (vor allem auf Rußland) ausgerichtet war – auch Elemente revolutionärer Programmatik enthielt, wie sie für die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts symptomatisch sind. Die 1940/41 in Berlin, insbesondere im Auswärtigen Amt, erwogenen Pläne zur Errichtung eines mittelafrikanischen Kolonialreiches zur Deckung der notwendigen Rohstoffe wurden von der ernüchternden Wirklichkeit des deutschen Ostfeldzuges spätestens seit dem Herbst/Winter 1941 überholt<sup>10</sup>.

### Hitlers „Großgermanisches Reich deutscher Nation“

In der zeitgeschichtlichen Forschung ist die spezielle Zielsetzung des NS-Deutschland auf den verschiedenen Ebenen untersucht worden, auf denen geplant, Einfluß genommen und schließlich entschieden worden ist. Das trifft im Grunde auch für die anderen Großmächte zu. Allerdings sind wir über die Vorgänge in Moskau immer noch sehr mangelhaft unterrichtet; über die internen Richtungskämpfe ist bisher nur wenig bekannt geworden. Auch in der neuesten Stalin-Biographie von D. Wolkogonow finden sich kaum bisher unbekannt Hinweise<sup>11</sup>.

Zu unterscheiden wären außer der Ebene der maßgeblichen Entscheidungsträger, auf der geheime und propagandistisch wirksame Kriegsziele eine Rolle gespielt haben, die der internen Planungsgremien, der oppositionellen Gruppen und die der öffentlichen Meinung. Die offiziellen, über die Medien propagierten deutschen Kriegsziele ließen eine von Goebbels mehrfach im engsten Kreise erläuterte Taktik erkennen: Die „neue rassische Ordnung Europas“ unter deutscher Führung sollte nur in vagen Umrissen angedeutet, vieles offengelassen und abgewartet werden, bis man die eigenen Pläne ohne nennenswerte psychologische Folgen verwirklichen konnte. Im übrigen wurden die NS-Propagandisten nicht müde, dem deutschen Volk immer von neuem einzuhämmern, daß es sich bei dem Krieg um einen „aufgezwungenen Krieg“ der „Plutokraten und des Judentums“, ab 1941 dann insbesondere des Weltbolschewismus handele und

8 Vgl. P. Jahn/R. Rürup, Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991; H.-A. Jacobsen (Anm. 5); E. Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986. Zu Japan: B. Martin, Der Traum vom „Weltreich“. Von der Mandschuraikrise bis zur Kapitulation des Kaiserlichen Japans (1931–1945), in: M. Pohl (Hrsg.), Japan, Stuttgart–Wien 1986, S. 118ff.; R. Meyers/M. R. Peattie (Hrsg.), The Japanese Colonial Empire 1895–1945, Princeton–New Jersey 1982; H. J. Mayer/M. Pohl (Hrsg.), Länderbericht Japan (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 324), Bonn 1994.

9 Vgl. G. L. Weinberg (Anm. 4); G. K. Kindermann, Der Ferne Osten, München 1970; H. Hammitzsch (Hrsg.), Japan-Handbuch, Wiesbaden 1981, S. 340ff.

10 Vgl. A. Hillgruber (Anm. 3), S. 43ff.

11 Vgl. D. Wolkogonow, Triumph und Tragödie. Politisches Porträt Stalins (russ.), 4 Bde., Moskau 1989; siehe auch den Beitrag von W. Larionow, in: H.-A. Jacobsen (Anm. 5).



in Zukunft nicht mehr Paris und London, sondern Berlin der Mittelpunkt der europäischen Zivilisation sein würde.

Während Frankreich nicht für würdig befunden wurde, im künftigen Europa eine größere Rolle zu spielen, blieb die Stellung Englands anfangs offen. Deutschland, so lautete im Sommer 1940 eine geheime Presseanweisung für die Kommentatoren, wolle nicht das britische Empire zerschlagen, sondern nur die Vormachtstellung Großbritanniens. Auch richte sich der Kampf nicht gegen das englische Volk, sondern gegen Churchill und seine „Clique“. Lange Zeit spielte Hitler mit dem Gedanken, einen Ausgleichsfrieden mit England durchzusetzen, bei dem ihm – wie schon vor 1939 angestrebt – freie Hand im Osten gewährt würde. Einige Monate beherrschte ihn sogar die Vorstellung, eine gemeinsame deutsch-britische Abwehrfront gegen die USA aufbauen zu können. Aber von Jahr zu Jahr mehr entwickelte sich England für ihn zum eigentlichen großen „Störenfried in Europa“, den man endgültig vom Kontinent hinwegfegen müsse, um wenigstens „für eine gewisse Zeit“ Ruhe zu haben. Daher wollte Hitler den Kampf gegen England noch 1945 „mit brutalster Energie“ fortsetzen. Aber ein solches Ziel war Phantasterei eines Mannes, der schon längst jeden Bezug zur Realität verloren hatte<sup>12</sup>.

Mit dem Kriegseintritt der USA wurde der nationalsozialistische Kampf gegen „Roosevelt und das hinter ihm stehende Judentum“ als Abwehr jeglicher Einmischung in die innereuropäischen Angelegenheiten proklamiert. 1942/43 sah sich die NS-Führung gezwungen, den „Aufbruch Europas im Kampf gegen den Bolschewismus“ auch anders zu interpretieren. Vor Auslandsjournalisten verkündete Goebbels Anfang 1943 Leitsätze zur Gestaltung des neuen Europa, von denen er sich eine psychologische Wirkung auf die kleineren Staaten erhoffte. Jetzt lauteten die Parolen: Freiwilligkeit und keine Unterordnung, Bewahrung der nationalen Individualität und freie Wahl der Regierungsform für alle Staaten. Verbunden wurden diese mit dem Hinweis, daß die harten Maßnahmen in den besetzten Ländern nur für die Zeit des Krieges gelten würden. Ein solches „Programm“ sollte den europäischen Völkern positive Ziele vor Augen führen, für die es sich einzusetzen lohne<sup>13</sup>. Ähnliche Konzepte hatten konservative Beamte des Auswärtigen Amtes und anderer Dienststellen schon früher entwickelt, ohne damit jedoch die höchsten Stellen beeinflussen zu können. Allein

schon die grausame Praxis der NS-Herrschaft in den besetzten Gebieten stand im krassen Gegensatz zu derartigen Versprechungen, deren wahre Absichten sehr bald durchschaut wurden<sup>14</sup>.

Während große Teile der deutschen Bevölkerung angesichts der schweren Belastungen der Heimatfront seit 1943 immer offenkundiger einen Kompromißfrieden ersehnten und die Erwartungen hegten, einen solchen mit den Engländern und Amerikanern erreichen zu können, um gemeinsam den Feind im Osten abzuwehren, faßten führende Köpfe der deutschen Opposition gegen Hitler ihre Friedensziele in Denkschriften und Aufzeichnungen zusammen. Zu ihnen zählte Carl Goerdeler, der im Jahre 1943 nicht nur eine künftige starke Interessengemeinschaft mit Großbritannien zum Schutze des Kontinents vor dem Bolschewismus gefordert hatte, sondern auch die Schaffung eines Bundes der Staaten, der allen Frieden und Gerechtigkeit sichern würde<sup>15</sup>.

Aber derartige Pläne, Alternativen und Gedanken blieben ohne nennenswerte Resonanz. Hitler und seine engsten Mitarbeiter (Bormann, Goebbels u. a.) hatten das wahnwitzige Endziel der NS-Programmatik niemals aus den Augen verloren. Dieses bestimmte Politik und Kriegführung und damit das ganze Geschehen auf deutscher Seite. Es gipfelte letztlich in dem Aufbau eines „Großgermanischen Reiches deutscher Nation“, bei dem alle Rassenfeinde eliminiert (Auschwitz, Holocaust), der Kontinent von Berlin aus dominiert und den USA die „Stirne geboten“ werden sollte<sup>16</sup>.

### Italiens Mittelmeerimperium

Gewiß waren die Ziele Mussolinis – gemessen an denjenigen Hitlers und seiner engsten Anhänger – begrenzter, wenn auch nicht weniger ehrgeizig. Schon im Verlauf der dreißiger Jahre wurde der aus ideologischen und machtpolitischen Prämissen des Faschismus resultierende Expansionismus mit Stoßrichtung Afrika und Balkan erkennbar, als Italien Abessinien eroberte und Albanien besetzte. Bei diesen Entscheidungen haben sicherlich wirtschaftliche, bevölkerungspolitische und prestigebedingte Beweggründe des Diktators mitgespielt. Die schrittweise Annäherung an NS-Deutschland, die sich in der Bildung der sogenannten „Achse“ (1936) – mit allerdings mehr propagandistischer Bedeutung, denn realer Substanz –, im Beitritt

14 Vgl. ebd., S. 21 ff.

15 Vgl. P. Steinbach/J. Tüchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, vor allem S. 203 ff., S. 582 ff., S. 597 ff.

16 Vgl. E. Jäckel (Anm. 8); P. Longerich (Hrsg.), Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, München–Zürich 1990<sup>2</sup>.

12 Vgl. die Geheimen Anweisungen für die deutsche Presse, Juni–August 1940, im Bundesarchiv Koblenz.

13 Vgl. H. W. Neulen, Europa und das 3. Reich. Einigungsbestrebungen im deutschen Machtbereich 1939–1945, München 1987, S. 104 ff.



zum Antikominternpakt (1937) und in dem Abschluß des „Stahlpaktes“ (1939) gegenüber der Weltöffentlichkeit dokumentierte, ließ erkennen, daß Mussolini an seinem programmatischen Zukunftsentwurf orientiert war. Von den drei denkbaren Alternativen außenpolitischen Handelns – nämlich entweder mit den Westmächten zu kooperieren, einen Neutralitätskurs zu verfolgen in dem Bestreben, das Potential Italiens zur Wahrung eines europäischen Gleichgewichts in die Waagschale zu werfen, oder Partner des nördlichen Nachbarn zu werden – bevorzugte Mussolini die letzte Lösung.

Es waren nicht nur gewisse ideologische Gemeinsamkeiten (Antibolschewismus, Kampfprinzip), die dafür sprachen, sondern wahrscheinlich auch die Einsicht, daß Italien nur im Bündnis mit Deutschland seine Macht erweitern konnte und nicht wieder mit dem Odium des Bündnisverrates von 1915 belastet würde. Nur auf diesem Wege konnte die italienische Vorherrschaft im Mittelmeerraum verwirklicht und die Stellung des faschistischen Staates in der internationalen Politik ebenso gefestigt wie aufgewertet werden. Außerdem mag Mussolini bei seinem politischen Entschluß, nach der Phase der „non belligeranza“ (des Nicht-Kriegszustands, 1939/40) an der Seite Hitlers in den Krieg einzutreten (10. 6. 1940), neben der Jagd nach „Beute“ – im deutschen Generalstab sprach man despektierlich von den „Erntehelfern“ – von dem Gedanken beherrscht gewesen sein, auf diese Weise die uneingeschränkte Hegemonie Deutschlands in Europa verhindern zu können.

Es war im übrigen bezeichnend für die deutsch-italienische Koalitionskriegführung, daß die Verantwortlichen weder die Kriegsziele untereinander abgesprochen noch die operativen Planungen sinnvoll koordiniert haben. Der Duce, der Doktrinär der Tat, der es als die eigentliche Aufgabe der Verbündeten betrachtete, Europa gegen Asien (d. h. gegen den Weltbolschewismus) zu verteidigen, kämpfte vor allem um Ruhm und Geltung für das italienische Volk, was er – wie die meisten Diktatoren – bald mehr und mehr mit seinem persönlichen Ansehen identifizierte. Sein Verhängnis war, daß er – mitgerissen von den Anfangserfolgen der deutschen Wehrmacht und in der Hoffnung auf ein schnelles, siegreiches Ende der Kampfhandlungen – in „Parallelkriegen“ gleichen Erfolgen nachjagte wie Hitler. Die Einsicht, daß die Kräfte des faschistischen Italien weder militärisch noch wirtschaftlich dazu ausreichten, diese überspannte Politik auch gegen den Willen seines Generalstabs und weiter Teile seines eigenen Volkes durchzusetzen, kam zu spät. Im Schlepptau der NS-Kriegführung und seit 1941 unlösbar mit dieser verbunden, kam er schließlich zu der bitteren Erkenntnis, daß

Italien nicht einmal im Falle eines gemeinsamen Sieges in Europa als gleichberechtigter Partner behandelt, vielmehr zu einer „verbündeten Provinz“ herabsinken würde. Freilich: So vermessen die Ziele Mussolinis auch gewesen sein mochten – bei ihnen ging es weniger um rassenpolitische und völlig destruktive Ziele eines totalen Siegfriedens, sondern viel eher um die eines Verhandlungs- und Kompromißfriedens, der zur Erhaltung und Festigung des faschistischen Systems beitragen sollte<sup>17</sup>.

### Die Verbündeten

Divergierende Ziele verfolgten die Verbündeten der „Achsenmächte“. Ihre Führungseliten – z. T. demokratisch (Finnland), klerikal-autoritär (Slowakei), autoritär (Rumänien) oder konservativ (Ungarn) – hofften, durch ihren Beitrag im Kampf gegen die Sowjetunion (nicht gegen Großbritannien und die USA) in Zukunft ihre eigene Unabhängigkeit, wenn auch um den Preis einer begrenzten freiwilligen Unterordnung unter den Hegemon, sichern zu können. Verleitet durch die Aussichten auf einen schnellen „Endsieg“ des übermächtigen westlichen Nachbarn, glaubte die slowakische Führung – ungeachtet der im Volke weithin unpopulären Maßnahme –, durch eine Teilnahme am Ostfeldzug ihre territorialen Ansprüche gegenüber Ungarn durchsetzen zu können. Finnland befand sich in einer prekären Lage zwischen den Großmächten. Es stand vor der Alternative, entweder Schlachtfeld zu werden oder die Chance zu haben, die an die Sowjetunion 1940 abgetretenen Gebiete zurückzugewinnen. Es entschied sich für den „Freiheitskampf“. Unterdessen hatte die rumänische Führung unter Ion Antonescu den „Heiligen Krieg“ ausgerufen, um Bessarabien und die Nordbukowina zurückzuerobern<sup>18</sup>.

Dies alles waren fraglos recht begrenzte nationale und territoriale Ziele, zu denen – völkerpsychologisch gesehen – der Russenhaß in der rumänischen Bevölkerung und eine weitverbreitete antisowjetische Einstellung des finnischen Volkes hinzugekommen sein mögen. Aber als Hitler diesen Verbündeten immer größere militärische Aufgaben stellte, die die Leistungsfähigkeit dieser Länder weit überforderten, und die Gegenoffensiven der Roten Armee die Kriegswende in Osteuropa signalisierten, setzte insgeheim eine wachsende Kritik am Bündnispartner ein. Bald suchten die Machthaber nach Mitteln und Wegen, sich der Bündnisverpflichtungen zu entziehen. Unterdessen bereiteten die Gegeneliten im Lande den Sturz

17 Vgl. R. Lill, *Geschichte Italiens in der Neuzeit*, Darmstadt 1988<sup>4</sup>; H. Woller (Hrsg.), *Italien und die Großmächte 1943–1949*, München 1988.

18 Vgl. A. Hillgruber (Anm. 3); G. L. Weinberg (Anm. 4).



der Herrschenden vor, um den Krieg zu beenden und Deutschland den Krieg zu erklären<sup>19</sup>.

### Japans „Großostasiatische Wohlstandssphäre“

Das militante Japan hatte bereits seit Anfang der dreißiger Jahre als erste Großmacht vorwiegend aus ökonomischen, bevölkerungspolitischen, strategischen und sozialimperialistischen Gründen einen Kurs der Expansion auf dem asiatischen Festland eingeschlagen und damit begonnen, den Status quo zu verändern. Dabei hatte es sich rigoros über das Verdikt des Völkerbundes hinweggesetzt. 1933 war es aus dem System kollektiver Sicherheit ausgetreten, um für seine aggressive Politik freiere Hand zu haben. Spätestens in den Jahren 1937/38 war die langfristige Zielsetzung der japanischen Führung deutlicher geworden: Sie strebte den Aufbau einer „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ an, d. h. eine Zone politischer Föderation, wirtschaftlicher Integration und kultureller Zusammenarbeit unter Japans Führung. Verbunden war diese geplante „Neuordnung“ mit den zündenden Parolen eines Antikolonialismus („Asien den Asiaten“). Der „Lebensraum“ Japans sollte sich im Südwesten bis Indien, im Südosten bis Australien/Neuseeland und im Osten bis zu den pazifischen Inseln/Neukaledonien erstrecken<sup>20</sup>.

Im Verlauf des Krieges offenbarten sich jedoch die großen Schwächen eines solchen ambitiösen Programms. Innenpolitisch überwogen die zentrifugalen Kräfte, was u. a. in den Kontroversen über die Stoßrichtungen der territorialen Eroberung (Kontinent versus Südostasien) zum Ausdruck kam. Zudem litt die einheitliche politische Willensbildung von Anfang an unter komplizierten kollektiven Entscheidungsprozessen. Auch erwies sich die Allianz mit den anderen „Achsenmächten“ als brüchig. In dieser überwogen die Zielkonflikte, was im Zusammenhang mit den Fragen nach den Objekten und Prioritäten in der Bekämpfung der gemeinsamen Gegner und nach den Absprachen auf militärischem Gebiet zum Ausdruck kam. Noch entscheidender blieb indessen, daß die japanischen Kräfte auf die Dauer nicht ausreichten, die Eroberungen gegen den Ansturm der Alliierten und ihrer Verbündeten zu behaupten und die proklamierte panasiatische Solidarität mehr auf dem Papier stand. Und schließlich war der Plan, einen vom Weltmarkt weithin abgeschotteten regionalen autarken Wirtschaftsblock zu organisieren, eine der weiteren zahlreichen Fehleinschätzungen Tokios, die seine Niederlage im Jahre 1945 verursacht haben.

Es haben also unterschiedliche politische, militärische, wirtschaftliche und technische Gründe das Schicksal der Herausforderer von 1943 bis 1945 besiegelt, zumal ihre Gegner zusammen über 75 Prozent aller personellen und materiellen Reserven der Welt verfügten. Wenn man von den weitgesteckten, letztlich fast alternativlos zu bezeichnenden Zielsetzungen der Aggressoren ausgeht, so darf wohl ohne Übertreibung behauptet werden: Für die Angreifer gab es unter diesen Umständen kaum eine Chance, den Welt-Krieg zu gewinnen. Jede Spekulation über die möglicherweise „verpaßten Chancen“ erübrigt sich. Zwar mag eine solche These erst aus der Retrospektive des Krieges aufgestellt werden können, denn während des weltweiten Konfliktes schienen den Politikern Alternativen möglich, wünschenswert oder notwendig zu sein; aber angesichts der von ihnen befolgten Kampfdevise „alles oder nichts“ war kein wesentlich anderes Ergebnis denkbar<sup>21</sup>.

---

## II. Friedensziele

---

Großbritannien, die UdSSR, die USA mit ihren Verbündeten (einschließlich der europäischen Widerstandsorganisationen sowie der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt) haben 1942/43 bekanntlich die militärische Initiative auf allen Kriegsschauplätzen an sich gerissen und damit das Gesetz des Handelns zu diktieren begonnen<sup>22</sup>.

Die Verbündeten, die durch die Angriffe NS-Deutschlands, Italiens und Japans über die sie trennenden Gegensätze hinweg zu einer Kriegskoalition zusammengeschmiedet wurden, hatten ein unverrückbares Primärziel: ihre Gegner, aber „Germany first“, militärisch schnell und vollständig bis zur bedingungslosen Kapitulation niederzuwerfen und hierzu die Allianz – so heterogen ihre Kräfte in allen Ländern und innerhalb der Widerstandsbewegungen auch sein mochten – möglichst wirksam zu halten.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Zweite Weltkrieg nur als ein Zusammenwirken gleichzeitiger und oft miteinander verwobener Auseinandersetzungen zu Lande, zur See, in der Luft und an der „unsichtbaren Front“ (Funknachrichten usw.) bei globaler Interdependenz der großen Kriegsschauplätze zutreffend bewertet werden

---

21 Vgl. A. Hillgruber (Anm. 3); H.-E. Volkmann, Ende des Dritten Reiches – Ende des 2. Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995; G. Schreiber, Bilanz des 2. Weltkrieges. Europa, Japan und die Vereinigten Staaten, in: H.-A. Jacobsen (Anm. 5).

22 Vgl. G. L. Weinberg (Anm. 4), S. 408 ff.

19 Vgl. A. Hillgruber, ebd.

20 Vgl. die in Anm. 8 genannten bibl. Hinweise.



kann. Hinzu kam – und in dieser Frage gab es keine wesentlichen Differenzen –, daß die von den Aggressoren besetzten Staaten befreit und ihre staatliche Unabhängigkeit wiederhergestellt werden sollten.

Darüber hinaus wollten die Alliierten nicht nur die besiegten Staaten – vor allem das NS-Deutschland – politisch in der Weise umgestalten bzw. temporär kontrollieren, daß sie die Völker nie wieder mit der „Geißel des Krieges“ überziehen und ihre Nachbarn bedrohen konnten, sondern auch den Status quo von 1937 garantieren und ein neues kollektives Sicherheitssystem ins Leben rufen. Dieses sollte, ausgehend von der Atlantik-Charta (1941), den internationalen Frieden und die Stabilität in der Welt festigen. Damit war das allgemeine konstruktive Friedensziel formuliert<sup>23</sup>.

Freilich haben nicht alle Kriegführenden der alliierten Koalition in erster Linie dafür gekämpft, und wenn sie dies taten, so hatten sie durchaus verschiedene Beweggründe. Zudem bestanden zwischen den beiden Hauptverbündeten, Großbritannien und den USA, in vielen Fragen divergierende Auffassungen, und zwar nicht nur in denen der großen Strategie. Die Politiker Polens hatten bei all ihren Bemühungen primär die Befreiung ihres Landes von der seine Existenz bedrohenden deutschen Besatzungspolitik vor Augen; ihr Ziel war die Wiedergeburt des polnischen Staates in gesicherten Grenzen und ethnischer Geschlossenheit. Sie hofften, nach Kriegsende nicht wieder zum Spielball der Großmächte zu werden. Jedoch wurde ihr Dilemma bald immer offensichtlicher: Der Befreiungskampf war nur mit Hilfe der Sowjetunion möglich, und Moskau hatte seine eigenen Vorstellungen von dem Nachkriegsschicksal seines westlichen Nachbarn. Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland, Luxemburg, Griechenland und die Tschechoslowakei strebten den Status quo ante an unter Sicherung ihrer Länder vor erneuter Aggression, während es das erklärte Ziel der Franzosen war, die demokratische Republik wiederherzustellen und die Großmachtstellung Frankreichs im Nachkriegseuropa zu etablieren. Für viele Widerstandskämpfer und Gegner des Vichy-Regimes verkörperte sich das siegreiche Frankreich in der Person des Generals Charles de Gaulle.

In Indien sowie in Süd- und Ostasien kämpften die Staaten für ihre nationale Unabhängigkeit von den alten Kolonialmächten, für die Selbstbestimmung und damit für die Veränderung des Status quo zu ihren Gunsten. In China handelte es sich um die

Entscheidung über die innerstaatliche Ordnung zwischen den Nationalchinesen (Kuomintang) unter Tschiang Kai Schek und den Kommunisten unter Mao Tse-tung. In Nord- und Westafrika wirkte die Atlantik-Charta als neuer zündender Funke. So berief sich z.B. die intellektuelle Führungsschicht der marokkanischen Nationalistenpartei (Istiqlal) in ihrer Petition vom Dezember 1943 auf sie. Im gleichen Jahr hatte Azikiwe aus Nigeria sein historisches Memorandum „Atlantik-Charta und Britisch-Westafrika“ veröffentlicht, in dem er die Anwendung des Artikels 3 der Charta auf Westafrika forderte. Wie in Asien, so sahen auch in Afrika die nationalistischen Bewegungen in den Vereinten Nationen und den sie bindenden Prinzipien einen der besten Garanten ihrer staatlichen Unabhängigkeit.

Während der Antikolonialismus zu einem der wichtigsten Postulate amerikanischer Außenpolitik zählte, versuchte Großbritannien die Liquidierung seines Kolonialreiches zu verhindern, bis es sich schließlich unter der Labour-Regierung nach Kriegsende doch den Realitäten beugen mußte. Dies war u. a. der Preis, den es für den militärischen Sieg zu zahlen hatte. Und die Sowjetunion, die im Kriege die größten Opfer zu beklagen hatte, hat der Schaffung eines neuen kollektiven Sicherheitssystems wahrscheinlich vor allem deshalb zugestimmt, weil sie dies als einen zusätzlichen Schutz vor neuen Aggressionen betrachtet hat, und weniger als ein Instrument zur Wahrung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte, des wiederhergestellten Status quo und weltweiter friedlicher Zusammenarbeit. Denn seit 1944 hatte sie eine revolutionäre Sicherheits- und Gesellschaftspolitik in den von ihr befreiten Ländern Osteuropas eingeleitet.

Fraglos haben die USA – ebenso Großbritannien – unter Wahrung ihrer machtpolitischen und ökonomischen Interessen für das universalistische Prinzip der Demokratie sowie ihrer Werte und damit für die Selbstbestimmung und die Menschenrechte gefochten – also für ein Prinzip, das es jedem Staate ermöglichen sollte, die Regierungsform zu wählen, unter der seine Angehörigen leben wollten (Atlantik-Charta 1941). Jedoch hat sich vor allem Roosevelt – wie es scheint – nicht rechtzeitig und hinreichend klargemacht, daß die von ihm und seinen Koalitionspartnern so häufig verwendeten Begriffe (Zielsetzungen) wie Frieden, Freiheit, Demokratie und Sozialismus in Ost und West inhaltlich nicht das gleiche bedeuteten. Bis kurz vor seinem Tode hat er wohl geglaubt, mit Stalin nach dem Kriege fair handeln und auskommen zu können<sup>24</sup>. Die sowjetischen Ambitionen hat er dabei

23 Vgl. H.-A. Jacobsen (Anm. 5), hier vor allem die Beiträge von Loth, Proektor und Semiriaga; ferner W. Laqueur, Europa auf dem Weg zur Weltmacht. 1945–1992, München 1992.

24 Vgl. G. L. Weinberg (Anm. 4) und die dort angegebene Literatur.



weit unterschätzt. Dazu mag beigetragen haben, daß Stalin keinerlei Skrupel besaß, z. B. in Teheran und Jalta seine Unterschrift unter Dokumente zu setzen, in denen von der Zukunft des Friedens die Rede war, in der alle Völker ein Leben frei von Tyrannei führen könnten. Die Praxis sowjet-kommunistischer Herrschaft sah bald ganz anders aus.

Gerechterweise ist jedoch zu sagen, daß in der Politik, in dem „Reich des Zwielflichts“, nicht beständig die „Gewißheit des Erkennens“, sondern viel häufiger die „Ungewißheit des Kampfes“ regiert. Vor allem aber ist doch zu fragen, ob angesichts des totalen Krieges auf allen Seiten eine wesentlich andere Endphase des Krieges denkbar gewesen wäre, in der nicht zugleich das fremdartige Bündnis zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den USA sowie vor allem der Sieg über die Aggressoren in Gefahr geraten wäre?

Die Westmächte standen vor einem fast unlösbaren Dilemma: den aggressiven Nationalsozialismus und seine Satelliten besiegen zu müssen, ohne die Vorherrschaft der Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa zu begünstigen. Die Frage, ob sich durch eine frühzeitigere Landung der Alliierten in Frankreich bzw. auf dem Balkan – wie es Churchill vorgeschlagen hatte – die Lage wirklich zugunsten der Demokratien entwickelt hätte, gehört in das Reich der Spekulationen. Die USA und Großbritannien, zusammen mit ihren Verbündeten, haben das Unternehmen „Overlord“ (Landung an der Normandiefront) nicht vor dem Juni 1944 riskiert. Und viele Gründe dafür (nicht zuletzt die Sicherung des Transportweges über See) wird man als berechtigt ansehen müssen. Festzuhalten bleibt, daß das Zweckbündnis („Antihitlerkoalition“), von dem sich viele eine dauerhafte Allianz für die Nachkriegszeit versprochen, allen Belastungen standhielt, bis die gemeinsamen Gegner niedergedrungen waren.

---

### III. Ausblick

---

Ohne Frage endete die Antwort auf die nationalsozialistisch-faschistische und die japanische Herausforderung mit dem militärischen Sieg der Koalition. Aber zugleich wurde damit eine neue politische Krise heraufbeschworen: der „Kalte Krieg“ mit all seinen Konsequenzen. Denn über der Diskussion um die künftigen Mittel und Wege zur politischen Neugestaltung Europas wie zur Befriedung der Welt und nicht zuletzt infolge der expansionistischen sowjetischen Politik in Osteuropa brach das Bündnis auseinander.

In Asien aber war der abschließende Prozeß der Entkolonialisierung nicht mehr aufzuhalten, nachdem die überwiegend kommunistisch gelenkten Untergrundarmeen Japan mitbesiegt und zusammen mit den nationalistischen Führern 1945 die politische Macht an sich gerissen hatten<sup>25</sup>.

Die Entscheidungen und Maßnahmen in dieser Zeit dürfen freilich nicht allein aus der späteren Sicht des „Kalten Krieges“ beurteilt werden. Sie sind Konsequenzen des jeweiligen historischen Augenblickes, in dem die Summe aller bis dahin gemachten Erfahrungen wirksam geworden ist. Mit Recht hat der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan einmal auf die „Ängste, Stimmungen, Träume, Hoffnungen, die Illusionen, die Aufwallungen der Erbitterung, die Anspannung erschöpfender Kriegesarbeit, die Komplexe und die Psychosen eines militärischen Denkens“ hingewiesen, welche die „Akteure des Dramas“ getrieben hätten.

### Teilung Deutschlands

Was das besiegte Deutschland betraf, so ist festzuhalten: Entgegen der schier unausrottbaren Legendenbildung ist die Teilung Deutschlands nicht die Konsequenz der Erklärungen von Jalta (1945), sondern in erster Linie die des wahnwitzigen Versuchs, den europäischen Kontinent nach den rassistischen Prinzipien des Nationalsozialismus gewaltsam zu „ordnen“. Das Treffen von sowjetischen und amerikanischen Soldaten an der Elbe am 25. April 1945 symbolisierte nicht nur den totalen Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“, sondern bedeutete auch die Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft. Die Deutschen aber hatten die Einheit ihres Reiches in den Grenzen von 1937 selbstverschuldet verspielt<sup>26</sup>.

Die Aufteilung Deutschlands war darüber hinaus die Folge von Entscheidungen, die im Auftrage der „Großen Drei“ (Roosevelt, Churchill und Stalin) die Europäische Beratende Kommission 1944 durch die Festlegung verschiedener Okkupationszonen und einer gemeinsamen Verwaltung von Berlin getroffen hatte. Deutschland sollte für die Zeit der militärischen Besetzung von einem Alliierten Kontrollrat gemeinsam regiert werden (bestehend aus den drei, später vier militärischen Oberbefehlshabern). Dies war als temporär begrenzte Übergangslösung gedacht. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde diese durch

---

25 Vgl. R. Meyers/M. R. Peattie (Anm. 8).

26 Vgl. die grundlegende Untersuchung von K.-D. Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995; ferner H. Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt 1985.



die Schaffung einer weiteren Zone für Frankreich (aus den geplanten zwei Westzonen herausgetrennt) ergänzt. Aber infolge des Auseinanderbrechens der Siegerkoalition kam es schließlich zu einer definitiven Aufteilung des ehemaligen Reiches. Die während des Zweiten Weltkrieges auf den Gipfelkonferenzen erörterten Teilungspläne (Teheran, Jalta) haben dabei keine Rolle gespielt<sup>27</sup>.

Noch auf der Konferenz von Potsdam (30. Juli bis 2. August 1945), auf der die Siegermächte bestimmte Grundsätze zur Entmilitarisierung, Wiedergutmachung, Entnazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung festlegten, wurde Deutschland als wirtschaftliche Einheit betrachtet (bei Anerkennung zweier ökonomischer Sphären in den West- und Ostzonen). Zwar wurde keine Einigung in der Reparationsfrage erzielt, jedoch wurden wichtige, vorläufige territoriale Regelungen getroffen: So sollte u. a. Österreich als unabhängige Republik wiederhergestellt und vorbehaltlich endgültiger Bestimmungen die Stadt Königsberg (heute: Kaliningrad) und das umliegende Gebiet an die Sowjetunion übergeben werden. Die deutschen Ostgebiete östlich von Oder und Neiße sollten bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens auf einer Friedenskonferenz unter polnische Verwaltung gestellt werden. Zudem wurde vereinbart, die in Polen, der ČSR und Ungarn lebende deutsche Bevölkerung in „ordnungsgemäßer und humaner“ Weise nach Deutschland zu überführen. Letzteres blieb allerdings kaum mehr als eine Absichtserklärung, denn Flucht, Tod und Vertreibung, später Aussiedlung, kennzeichneten das tragische Schicksal von fast 15 Millionen Deutschen, von denen bis 1950 zwölf Millionen in die Bundesrepublik Deutschland und in die DDR kamen<sup>28</sup>.

Die De-facto-Teilung Deutschlands war schließlich die Konsequenz der alliierten und sowjetischen Deutschlandpolitik von 1945 bis 1949. Anstelle von gemeinsamer Kontrolle und Neutralisierung Deutschlands trat die schrittweise Assimilierung des jeweiligen Herrschaftsbereiches nach den politischen, ökonomischen und ideologischen Prinzipien der Besatzungsmächte<sup>29</sup>.

Seitdem zählte die Frage nach der Einheit der deutschen Nation und die Regelung der damit verbundenen Probleme zu einem der Grundkonflikte der Europa- und Weltpolitik. Dieser wurde zu-

nächst in den siebziger Jahren durch einen vertraglich vereinbarten Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten entschärft und schließlich nach den Umwälzungen in Osteuropa durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in den Grenzen der beiden deutschen Staaten 1990 friedlich gelöst. Damit entfiel zugleich die Verantwortung der ehemaligen Siegermächte für Deutschland und Berlin als Ganzes. Deutschland aber war wieder ein voll souveräner Rechtsstaat<sup>30</sup>.

### **Zur Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges**

Bei einem solchen Überblick über den Zweiten Weltkrieg als eine historische Bilanz muß abschließend noch ein wesentlicher Aspekt angesprochen werden. Dieser betrifft die Frage, wie die Völker ihren Anteil an dem erbarmungslosen Krieg aufgearbeitet oder sich zu diesem bekannt haben.

In Deutschland hat die kritische Auseinandersetzung mit diesem Teil der Vergangenheit auf wissenschaftlicher Ebene bereits in den fünfziger Jahren eingesetzt. Seitdem sind fraglos bemerkenswerte Fortschritte in der politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung des Geschehens erzielt worden<sup>31</sup>. Das heißt jedoch nicht, daß dies in gleicher Weise auch innerhalb der Bevölkerung der Fall gewesen wäre. Hier gibt es noch immer einen Nachholbedarf. Indessen ist jene Kritik kaum angemessen, bei der überspitzt von der „zweiten Schuld“ der Deutschen im Hinblick auf eine angeblich unzureichende öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur die Rede ist<sup>32</sup>. Hinzu kommt allerdings noch ein anderer Aspekt. Vertreter der sogenannten revisionistischen „Schule“ verschiedener Richtungen und bestimmter Positionen, z. B. im „Historikerstreit“, haben sich immer wieder bemüht, längst erhärtete Thesen zu relativieren oder einzelne Fakten zu bagatellisieren, was in der politischen Auseinandersetzung dann häufig von rechten bzw. rechtsradikalen Gruppen instrumentalisiert worden ist – sehr

30 Vgl. allgemein: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt 1993; K. Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach 1991; R. Fritsch-Bournazel, Europe and German Unification, Oxford-New York 1992.

31 Aus der kaum mehr überschaubaren Literatur seien hier nur genannt: K. D. Bracher u. a. (Anm. 1); K.-H. Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des 2. Weltkrieges, Paderborn 1994; J. Dülfer, Deutsche Geschichte 1933–1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg, Stuttgart–Berlin–Köln 1992.

32 Vgl. R. Giordano, Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987; Chr. Hoffmann, Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn–Berlin 1992; M. Kittel, Die Legende von der „zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin–Frankfurt 1993.

27 Vgl. ebd.; ferner: Dokumente zur Deutschlandpolitik, I. Reihe (1939–Mai 1945), u. a.: Die Konferenz von Potsdam. Bearb. von G. Biewer, Neuwied–Frankfurt 1992.

28 Vgl. W. Benz, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt 1985.

29 Vgl. H.-A. Jacobsen (Anm. 5), vor allem die Beiträge von Loth, Proektor u. a.



zum Nachteil des deutschen Ansehens in Europa und in der Welt<sup>33</sup>.

In diesem Zusammenhang ist die jüngst wieder aufgelebte Debatte über die „Traditionslüge“ innerhalb der Bundeswehr zu erwähnen, d.h. die Frage, ob die ehemalige deutsche Wehrmacht Teil der Tradition der heutigen Bundeswehr sein könne. Diesbezüglich massive Kritik hat ebenfalls der Publizist Ralph Giordano geäußert. Angesichts der neuesten Forschungsergebnisse kann es keinen Zweifel daran geben, daß einzelne Verbände der deutschen Wehrmacht im Kriege den Völkermord – soweit sie dabei direkt oder indirekt involviert waren – entweder stillschweigend geduldet oder an ihm in irgendeiner Form mitgewirkt haben. Dieses Faktum und die Tatsache, daß die NS-Führung die Wehrmacht als Instrument ihrer Aggressionspolitik eingesetzt und mißbraucht hat, bedeutet, daß diese als Institution für die Traditionsbildung der Bundeswehr völlig ungeeignet ist. Das schließt nicht aus, die Leistungen von Soldaten und Einheiten, die bona fide bis zuletzt tapfer gekämpft und ihre Pflicht erfüllt haben, anzuerkennen und entsprechend zu würdigen<sup>34</sup>.

Weitaus komplizierter verlief die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Japan. Es hat Jahrzehnte gebraucht, bis einer der amtierenden Ministerpräsidenten (Morihiro Hosokawa) im Sommer 1993 öffentlich erklärt hat, daß die militärischen Maßnahmen seines Landes in den dreißiger und vierziger Jahren „aggressiv und ungerecht“ gewesen seien. Noch 1972 hatte der japanische Regierungschef Kakuei Tanaka anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China lediglich erklärt: „Wir haben Ihnen Unannehmlichkeiten bereitet.“ Gleichzeitig wurde in den Schulbüchern des Landes streng darauf geachtet, daß negative ethische Konnotationen wie „Aggression“ in den Texten nicht vorkamen, sondern statt dessen vom „militärischen Vormarsch“ gesprochen wurde. Wie es scheint, kam es den „Chefpädagogen“ in Tokio nach wie vor vor allem darauf an, die „historischen Leistungen der Ahnen“ zu respektieren, das Selbstbewußtsein der Japaner zu stärken und das

33 Vgl. „Historikerstreit“, Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; R.J. Evans, Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik, Frankfurt 1991. In Rußland hat die kritische Auseinandersetzung mit der Epoche des Stalinismus erst begonnen. S. Ansätze dazu in: H.-A. Jacobsen (Anm. 5), hier die Beiträge u. a. von Larionow, Semiriaga, Proektor, Daschitschew und Orlow.

34 Vgl. Briefwechsel R. Giordano–General Naumann vom 14. 7., 20. 7., 13. 8. und 24. 8. 1994 (Kopien im Besitz des Verf.).

„tiefe Gefühl der Liebe“ zum eigenen Volk zu fördern<sup>35</sup>.

Bis Anfang der neunziger Jahre überwog in Japan eine Politik der Ignorierung, der Verdrängung oder der einseitigen Wahrnehmung der jüngsten Vergangenheit, bei der das eigene Leiden (Abwurf der Atombomben 1945) stärker in das Bewußtsein gehoben wurde als das Leiden derjenigen Völker, denen die japanische Kriegführung so Furchtbares angetan hatte. Sicherlich sind Auschwitz und Nanking (Mordaktionen im Dezember 1937) nicht miteinander vergleichbar, dennoch spricht aus beiden der rassistische Hochmut einer sogenannten überlegenen Rasse, der beiden Staaten zum Verhängnis wurde<sup>36</sup>.

In Italien wurde der „Irrweg“ der Nation, d. h. die Hypertrophierung des Nationalstaatsgedankens, die Verstrickung in eine verbrecherische Politik und der Niedergang des Staates nach 1945 wohl z. T. geißelt, kritisiert und damit nicht verschwiegen. Aber dies alles ist weithin überdeckt worden durch die Ideale und Leistungen der „Resistenza“, mit deren Hilfe die Befreiung Italiens 1943–1945 gelang. Sie waren Ausgangspunkt für den Neubeginn eines – im Gegensatz zu Deutschland – nicht geteilten Landes, das sehr bald sein moralisch-politisches Selbstbewußtsein als Nation wiedergewann. Allerdings kann nicht verschwiegen werden, daß bei den meisten Italienern bis in die achtziger Jahre die „Distanznahme“ der „Nicht-wir-Identifikation“ gegenüber der faschistischen Vergangenheit vorherrschte<sup>37</sup>.

Das vereinte Deutschland wird auch in Zukunft mit seiner historischen Hypothek leben müssen, die durch die Zäsuren 1919 (Versailler Vertrag), 1933 (Machtergreifung Hitlers), 1939 (Entfesselung des Zweiten Weltkrieges) und vor allem durch die Vernichtungs- und Ausbeutungspolitik von 1939–1945 gekennzeichnet ist. Diese historische Hypothek kann aber weiterhin schrittweise abgetragen werden. Das setzt voraus, daß es künftig eine verantwortungsbewußte Politik des Engagements für den friedlichen Wandel, der Versöhnung und der Partnerschaft mit den anderen europäischen Völkern im Geiste der Charta von Paris (1990) verfolgt, die sein inzwischen gewonnenes Vertrauen unter den Völkern weiter festigt und damit die Einsicht, in welchem hohem Maße es trotz Irrungen und Wirrungen aus diesem Teil seiner Geschichte gelernt hat<sup>38</sup>.

35 Vgl. I. Buruma, Erbschaft der Schuld. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und Japan, München–Wien 1994.

36 Vgl. H.J. Mayer/M. Pohl (Anm. 8), S. 199 ff.

37 Vgl. J. Petersen, Italien nach dem Faschismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/88, S. 12 ff.; G. Mamarella, L'Italia contemporanea 1943–1985, Bologna 1985.

38 Vgl. u. a. K. Kaiser/H. W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, München 1994.



## Die Kriegsgefangenen

---

### I. Kriegsgefangenschaft – Tatsachen, Berichte, Meinungen

---

Über die Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs wurde und wird eher ausschnitthaft berichtet – etwa über die Arbeitslager in der Sowjetunion, die endlosen Züge dorthin und vor allem über das Ende dieses Massenschicksals. Daß Hunderttausende in amerikanischer und französischer Hand eine Zeitlang unter ebenfalls extremen Lebensbedingungen gehalten wurden, wurde und wird selten erwähnt. Bevorzugtes Thema ist immer noch der Moskaubesuch des Bundeskanzlers Adenauer und seiner Reisedelegation im September 1955 und die darauf folgenden Bahnhofs- und Lager-Friedland-Szenen bei der Ankunft der letzten Heimkehrer in West-Deutschland.

Tatsächlich aber galt Adenauers Verhandlungserfolg nur einer relativ kleinen Zahl: den letzten Zehntausend. Vom Gefangenschicksal waren im Zweiten Weltkrieg insgesamt ca. 35 Millionen Menschen betroffen, davon etwa elf Millionen auf deutscher Seite. Die Gefangenschaft deutscher Soldaten dieses Krieges zog sich über nahezu 17 Jahre hin, von seinem Beginn bis in die ersten Wochen des Jahres 1956, als bereits die Bundeswehr existierte. Die wichtigsten unter den 20 Gewahrsamsländern für deutsche Gefangene waren die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich. In der Sowjetunion lebten 3,2 Millionen Gefangene unter extremen Bedingungen. Etwa ein Drittel davon ist an Entkräftung oder an Krankheiten gestorben. 3,8 Millionen waren in amerikanische, 3,7 Millionen in englische, 245 000 in französische Gefangenschaft geraten. Die Engländer und vor allem die Amerikaner übergaben schließlich 700 000 ihrer Gefangenen an das inzwischen als Siegermacht anerkannte Frankreich. Nach französischer Aussage wurden die Gefangenen dringend für Arbeitsleistungen beim Wiederaufbau, bei der Beseitigung von Kriegsschäden und als Erntehelfer benötigt<sup>1</sup>.

Die letzten Kriegsgefangenen aus den westlichen Staaten wurden 1948 repatriert. Sie hatten immer-

hin – entgegen den Grundsätzen der Genfer Konvention von 1929 – noch drei Jahre nach Kriegsende in Lagern ausharren und arbeiten müssen. In der Sowjetunion hielt sich nach 1949 noch ein Rest von etwa 60 000 als „Kriegsverbrecher“ Verurteilten auf<sup>2</sup>. Dabei handelte es sich um politische Häftlinge, die von sowjetischen Gerichten widerrechtlich zu Zwangsarbeit verurteilt worden waren und danach als Faustpfand für Verhandlungen mit der Bundesrepublik zurückgehalten wurden.

Von der politisch-publizistischen Vermittlung her muß zunächst die Gefangenschaft in den westlichen Ländern von der sowjetischen unterschieden werden. Wie alle emotional besetzten politischen Themen der Nachkriegszeit war die Kriegsgefangenschaft in die Frontlinien des Kalten Krieges mit seinen klaren Welt- und Feindbildern integriert. Von einem, der ein oder zwei Jahre nach Kriegsende aus den Lagern der westlichen Länder – vor allem aus Großbritannien und den USA – zurückkam, wurde erwartet, daß er dort human behandelt, angemessen gekleidet und ernährt worden war.

Die katastrophalen Verhältnisse für Hunderttausende in den unter amerikanischer Hoheit stehenden „Rheinwiesenlagern“ während der unmittelbaren Nachkriegszeit, z.B. bei Bad Kreuznach-Bretzenheim, Remagen-Sinzig, Rheinberg, waren allerdings auch im Westen Deutschlands nicht unbekannt geblieben. Dies war jedoch eher ein Thema in den Familien und Betroffenengruppen als in der Öffentlichkeit. Deutsche Kriegsgefangene hatten aus einzelnen dieser Lager auf Befragung den Mitarbeitern der „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“ ihre Beobachtungen über das Massensterben in einzelnen Lagern mitgeteilt. Für die Information der Öffentlichkeit wurden die Zahlen der amerikanischen Stellen und die auf diesen Quellen basierenden Angaben der deutschen Gemeindeverwaltungen übernommen. Die Sterblichkeitsquote soll danach in den verschiedenen „Rheinwiesenlagern“ bei bis zu 3,5 Prozent gelegen haben<sup>3</sup>.

---

2 Vgl. Albrecht Lehmann, *Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion*, München 1986.

3 Zur Geschichte der Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs liegt eine zwischen 1962 und 1974 erschienene, von der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefange-

---

1 Vgl. Werner Ratza, *Anzahl und Arbeitsleistungen der deutschen Kriegsgefangenen*, in: Erich Maschke (Hrsg.), *Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges*, Band XV: Eine Zusammenfassung, München 1974, S. 208.



Heimkehrer aus französischen Lagern berichteten von Hungersnot und von der lebensgefährlichen Arbeit bei der Minenbeseitigung. Diese Aussagen stimmten mit denen von Mitarbeitern des Internationalen Roten Kreuzes und anderer humanitärer Institutionen überein<sup>4</sup>. Die veröffentlichte Meinung konzentrierte sich indes vornehmlich auf die Not der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – nicht zuletzt, weil dieses Massenschicksal die Gründungsphase der Bundesrepublik überspannte. Die Gefangenschaft im Westen hingegen blieb in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit ein Teilaspekt der Besatzungszeit. Als es später um wichtige Zukunftsfragen ging, um das deutsch-französische Verhältnis sowie um die Westbindung der Bundesrepublik, wären Auf- und Gegenrechnungen hinderlich gewesen. Eine öffentliche Diskussion über die Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg wäre tatsächlich, wie es der damalige Außenminister Willy Brandt formulierte, „der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienlich gewesen“<sup>5</sup>. Dasselbe trifft im übrigen – in weit größerer Dimension – auf das öffentliche Verschweigen von Flucht und Vertreibung zu.

Die „Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenenngeschichte“ gab im Auftrag der Bundesregierung zwischen 1962 und 1974 ihre 22bändige Forschungsreihe über die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs heraus. Bis zum Jahre 1969 waren diese Bände sekretiert, so daß es nahezu unmöglich war, sie für wissenschaftliche Zwecke zu nutzen. Erst seit 1975 ist das bedeutende Werk deutscher Zeitgeschichtsforschung im Buchhandel erhältlich. Über 45 000 Heimkehrer waren von Kommissions-Mitarbeitern über ihre Lebensbedingungen – teils auf Grund von Fragebögen, teils vor laufendem Tonbandgerät – befragt worden. Spätere Diskussionen unter Zeitgeschichtlern und Sozialwissenschaftlern über „Oral History“ und „Erfahrungsgeschichte“ haben diese historisch wohl einmalige Quellensammlung und zugleich methodisch innovative Dokumentation unbeachtet gelassen<sup>6</sup>.

nengeschichte unter der Leitung von Erich Maschke herausgegebene 22bändige Reihe vor. Zu den Todeszahlen vgl. W. Ratza (Anm. 1), S. 225.

4 Vgl. Arthur L. Smith, Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985, S. 25, 51.

5 Zit. bei Erich Maschke, Deutsche Kriegsgefangenenngeschichte. Der Gang der Forschung, in: E. Maschke (Anm. 1), S. 35.

6 Vgl. auch den Hinweis bei Peter Steinbach, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/91, S. 37–52.

Der kanadische Historiker und Journalist James Bacque veröffentlichte 1989 ein Buch über das Elend und das Sterben deutscher Kriegsgefangener in amerikanischen und französischen Lagern<sup>7</sup>. Seiner polemischen Schrift folgten Diskussionen in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Bacque hatte behauptet, es seien dort in den Jahren 1945 und 1946 – „von den Gewahrsamsländern geplant“ – etwa eine Million Kriegsgefangene zu Tode gekommen, zumal auch in den „Rheinwiesenslagern“. Diese Zahlenangaben und die ganze Tendenz des Buches sind von deutschen Zeitgeschichtsforschern vehement zurückgewiesen worden. Das stärkste Argument: Der Verbleib von Leichen in so großer Zahl hätte kein Geheimnis bleiben können. In der Umgebung der ehemaligen Lager fanden sich in der Tat keine Massengräber deutscher Kriegsgefangener<sup>8</sup>. Andererseits sind die sehr weitgehende Bereitschaft der Wissenschaftlichen Kommission und späterer Forscher, bei ihren Bewertungen den Aussagen amerikanischer und französischer Stellen Glauben zu schenken, sowie die engagierte Einseitigkeit der Historiker bei Vergleichen der Lebensbedingungen und Schicksale deutscher Gefangener in den Lagern des Westens und der Sowjetunion nur schwer zu bestreiten.

---

## II. Kriegsgefangene in deutscher Hand – Schicksalsvergleiche

---

Die Behandlung von Kriegsgefangenen der Westmächte in deutschem Gewahrsam, deren Arbeitsverpflichtungen, Unterbringung und Verpflegung dürften sich, aufs Ganze gesehen, im Rahmen der Haager Landkriegsordnung von 1899 und 1907 sowie der Genfer Konventionen des Roten Kreuzes von 1929 bewegt haben<sup>9</sup>. Dort ist die Behandlung von Kriegsgefangenen detailliert geregelt. Eine kontroverse Diskussion über systematisch betriebene Kriegsverbrechen an französischen, englischen oder amerikanischen Gefangenen hat es in der Nachkriegszeit auf beiden Seiten der ehemaligen Frontlinien nicht gegeben.

7 Vgl. James Bacque, Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946, Frankfurt/M. – Berlin 1989.

8 Vgl. Manfred Messerschmidt, Entstehung und Ende der Million-Legende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Februar 1994, S. 29.

9 Dieser Hinweis auf die Behandlung der Kriegsgefangenen der Westmächte findet sich bei Christian Streit, Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche Probleme des Krieges gegen die Sowjetunion, in: Gerd R. Überschar/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 197 ff.



Erstaunlicherweise ist aber das erschreckende Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand erst spät<sup>10</sup> – nach einer zeitgeschichtlichen Dissertation von 1977 – in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden. Von den etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind etwa 3,3 Millionen ums Leben gekommen. Eine große Zahl starb bereits in der ersten Phase (1941/42) des Rußlandkrieges, d. h. zu einer Zeit, als das Versorgungsproblem noch lösbar war.

Die Sowjetunion hatte als einziger unter den kriegführenden Staaten des Zweiten Weltkriegs die Genfer Konvention von 1929 nicht ratifiziert. Aber sie war, wie das Deutsche Reich, in Nachfolge der Monarchie an die Haager Konvention zur Humanisierung der „Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“ gebunden<sup>11</sup>. Von seiten der Sowjetunion sind in Einzelfällen deutsche Soldaten, insbesondere Verwundete, kurz nach der Gefangennahme mit Billigung oder auf Befehl von Offizieren der Roten Armee und politischer Kommissare umgebracht worden<sup>12</sup>. Die sowjetische Propaganda hatte in diesem Weltanschauungskrieg die deutsche Wehrmacht in ähnlichem Maße kollektiv als „faschistisch“ verteufelt wie die deutsche den „jüdischen Bolschewismus“ der Roten Armee.

Hinzu kam ein sozialpsychologischer Aspekt, der für jeden Soldaten galt. Die Situation der Gefangennahme eines einzelnen „Feindes“ oder einer kleinen Gruppe innerhalb des Kampfgeschehens – d. h. nicht als Teil einer Masse hinter der Frontlinie – ist stets für beide Seiten äußerst heikel, denn sie verlangt vom Sieger im Moment der Konfrontation die Zurücknahme von Rachegefühlen und ein Unterdrücken eingespielter Reaktionsabläufe und Aggressionen. Das bedeutet eine Zivilisationsleistung beachtlichen Niveaus, zumal fast jeder, der länger in Kämpfe verwickelt ist, Freunde und Kameraden neben sich sterben sieht und in der Begegnung mit dem „Feind“ stets in Angst vor dessen Waffen lebt. Die Kriege nach 1945 – von Korea über Indochina und Vietnam bis Afghanistan – haben bewiesen, daß die Vorstellung von einer „Humanisierung“ des Krieges eine Illusion ist und Kriegsverbrechen immer auf beiden Seiten begangen werden.

Hinsichtlich der Behandlung der Gesamtheit der deutschen Gefangenen in sowjetischer Hand sind

10 Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

11 Vgl. A. Lehmann (Anm. 2), S. 17ff.

12 Vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1980<sup>3</sup>.

auch wirtschaftliche Faktoren zu berücksichtigen. Die Sowjetunion war nach dem jahrelangen Krieg auf ihrem Territorium für zwei bis drei Jahre kaum in der Lage, die eigene Bevölkerung zureichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Es verhungerten 1945 und 1946 auch Sowjetbürger in großer Zahl. Später versuchte die Regierung und Administration, die deutschen Gefangenen sowie die Gefangenen aus anderen Ländern quantitativ und qualitativ möglichst wie die eigene Bevölkerung zu versorgen. Eine bewußte Dezimierung der deutschen Gefangenen – wie von deutscher Seite gegenüber der Roten Armee – war nicht vorgesehen. Der „Kommissarbefehl“<sup>13</sup>, der die Tötung politischer Offiziere der Roten Armee anordnete, und die unmenschliche Behandlung der sowjetischen Soldaten in deutschen Lagern gingen weit über das aus früheren Kriegen bekannte Maß des Schreckens in diesem Krieg der Weltanschauungen hinaus.

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen muß als Teil einer systematisch betriebenen nationalsozialistischen Ausrottungspolitik gesehen werden. Was immer deutsche Kriegsgefangene an Unrecht und Leid in der Sowjetunion und in westlichen Ländern erdulden mußten: Das katastrophale Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland muß in Erinnerung bleiben. Es kommt hinzu, daß sich der Leidensweg der überlebenden Gefangenen nach ihrer Repatriierung in der Sowjetunion noch fortsetzte. Die dortige Propaganda hatte – nicht zuletzt in der Absicht, die Kampfbereitschaft der Soldaten zu heben – ein Bild von der deutschen Wehrmacht gezeichnet, dem zufolge für einen Rotarmisten nur der Selbstmord als die einzige sozial akzeptierte Form einer Kapitulation blieb. Wer später aus den Lagern der „Faschisten“ zurückkehrte, womöglich von ihrer Ideologie „infiziert“, hatte ein weiteres Martyrium vor sich – nunmehr im stalinistischen Terrorsystem der Lagerwelt des GULAG<sup>14</sup>.

---

### III. Die deutschen Heimkehrer

---

Nicht nur in diesem Punkt hatten es die deutschen Heimkehrer besser. Doch auch sie waren in ihrer Mehrheit auf die gesellschaftliche Situation in der „Heimat“ unzureichend vorbereitet. Sie gerieten

13 Vgl. Chr. Streit (Anm. 10), S. 83ff.; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.

14 Vgl. Alexander Solschenizyn, Der Archipel GULAG, 3 Bände, Reinbek 1978.



aus der „totalen Institution“<sup>15</sup> einer Lagerwelt in die dynamische Nachkriegsgesellschaft, wo körperliche und seelische Unversehrtheit die Voraussetzungen zur Durchsetzung individueller Ziele waren. Die Gefangenenlager waren stets „Zwangsgemeinschaften“<sup>16</sup>, welche die Mentalität der Betroffenen über die Zeit des Aufenthaltes hinaus prägten. Neben den von der Gewahrsamsmacht angeordneten Verhaltensnormen bestanden von den Insassen geschaffene Regelungen, die meistens mit Duldung der Lagerleitung praktiziert wurden. Das hatten diese Lager mit anderen „totalen Institutionen“ gemeinsam, etwa mit Gefängnissen.

Die Entwöhnung vom „normalen Leben“ außerhalb der Lager bedeutete für viele eine Entwöhnung von selbständigen Entscheidungen. Das trifft für Heimkehrer aus allen Gewahrsamsländern zu. Hinzu kommt: Der Lagerzeit war in der Regel bereits eine ‚Karriere‘ im Kommandosystem des nationalsozialistischen Staates vorausgegangen – in der Hitlerjugend, dem Arbeitsdienst, den Kasernen und schließlich im Fronteinsatz. Neben den Defiziten im öffentlichen Leben standen die gefangenentypischen Probleme im Familien- und Privatleben. Die Gefangenenlager des Zweiten Weltkriegs waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine Welt der Männer. Nur etwa 30 000 Frauen waren im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite in Gefangenschaft geraten (Krankenschwestern, Nachrichtenhelferinnen usw.) und in spezielle Lager eingewiesen worden<sup>17</sup>. Das Lagerdasein mußte deshalb zwangsläufig mit einer Habitualisierung sexueller Ersatzlösungen verbunden sein<sup>18</sup>.

Je länger die Gefangenen in den Lagern auszuharren hatten, desto schwieriger war später das Einleben in die neue Gesellschaft. Wer aus den Lagern der Sowjetunion zurückkehrte, hatte es schwerer als ein „Westgefangener“. Und wer nach seiner Verurteilung als „Kriegsverbrecher“ erst in den fünfziger Jahren aus dem Osten zurückkam, der fand eine in vielen Lebensbereichen neue Gesellschaft und Kultur vor. Daß sich das öffentliche Leben und die Arbeitsverhältnisse verändert hatten, hatten sie bereits aus der Ferne den Briefen und Paketen von zu Hause entnommen. Daß aber die

gesellschaftlichen Veränderungen nicht einmal vor der eigenen Familie haltgemacht hatten, mußte viele schockieren<sup>19</sup>.

Die traditionelle Stellung des „Ernährers“ und Familienvorstandes war vielfach bereits in den Kriegsjahren – besonders in den Familien der Selbständigen – ins Wanken geraten. Damals hatte die Ehefrau, oft zum eigenen Erstaunen und zur Verwunderung von Verwandten und Nachbarn, erfolgreich die Geschäfte weitergeführt. Aber auch in den Familien von Beamten, Angestellten und Arbeitern hatten Frauen in den ersten Nachkriegsjahren – besonders in den Großstädten – „Männerarbeit“, etwa als „Trümmerfrau“, geleistet. Überall hatten die Frauen der Kriegsgefangenen teils widerwillig, teils bereitwillig die Stellung des „Familienvorstandes“ wahrgenommen und sich selbst und die Kinder durch die Zeit der Bombennächte und Nachkriegswirren geführt. Diese nun selbständig handelnden Frauen entsprachen später vielfach nicht mehr dem Erinnerungsbild des Mannes. Auch körperlich waren die schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre an ihnen – wie an den Heimkehrern – nicht spurlos vorübergegangen.

Gelegentlich übernahm ein heranwachsender Sohn die Stellung des Vertrauten der Mutter, organisierte als „Familienvorstand“ Hamsterfahrten und Schwarzmarktgeschäfte. So fanden viele Heimkehrer eine Familiensituation vor, die ihnen die Rolle des „Fremden“ zwies. „Der Heimkehrer“ als „enthronter Despot“<sup>20</sup> war – wie die Kriegerwitwe oder das „Besatzerliebchen“ – eine häufige Sozialfigur der Nachkriegszeit. „Den Weg zurück in die Familie zu finden ist für den Rückkehrer wohl die schwerste Aufgabe“, hieß es in einem ärztlichen Erfahrungsbericht<sup>21</sup>.

Trotz wachsender Distanz zum politischen System des Nationalsozialismus hatten viele während des Krieges immer noch an einen Sinn ihres Militärdienstes glauben wollen. Der Bruch in ihrer Biographie traf diejenigen unter den ehemaligen Soldaten besonders hart, die in den Kriegsjahren ihr Eigenwertgefühl und ihre soziale Anerkennung vor allem aus ihren Kriegstaten – und aus Orden und der Zugehörigkeit zu Eliteeinheiten – bezogen hatten. Bis zuletzt hatten sie auf den Sieg gehofft und teilweise noch im Gefangenenlager geglaubt, nach der Heimkehr als Helden gefeiert zu werden.

15 Erving Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt/M. 1973.

16 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972<sup>5</sup>, S. 210f.

17 Vgl. Kurt W. Böhme, *Zum Schicksal der weiblichen Kriegsgefangenen*, in: E. Maschke (Anm. 1), S. 317ff.

18 Vgl. Hans Bürger-Prinz/Hans Giese (Hrsg.), *Die Sexualität des Heimkehrers*, Vorträge. Gehalten auf dem 4. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung in Erlangen 1956, Stuttgart 1957.

19 Vgl. Helmut Gollwitzer, ... und führen, wohin du nicht willst. Bericht einer Gefangenschaft, Gütersloh 1977<sup>3</sup>; Wolfgang Borchert, *Draußen vor der Tür*, in: *Das Gesamtwerk*, Hamburg 1957.

20 Christoph Meckel, *Suchbild. Über meinen Vater*, Düsseldorf 1980, S. 134.

21 H. Kilian, *Das Wiedereinleben des Heimkehrers in Familie, Ehe und Beruf*, in: H. Bürger-Prinz/H. Giese (Anm. 18), S. 29.



Nun hatte fast niemand mehr Interesse an ihnen und ihren Kriegserfahrungen. „Heldentum“ gab es nur noch bei den Siegern. Verlierer sind als Objekte der Verehrung ungeeignet.

Über die Rückkehr deutscher Soldaten in die Ostzone bzw. in die DDR ist aus wissenschaftlicher Forschung wenig bekannt. Das Lagerleben in der Sowjetunion wurde dort in der Öffentlichkeit als ein Lehrgang „im richtigen Denken“ dargestellt<sup>22</sup>. Mit Ausnahme überzeugter Kommunisten versuchten die Gefangenen in West und Ost, möglichst in ein Gebiet Westdeutschlands entlassen – d. h. für letztere „umzoniert“ – zu werden. Gefangene in den westlichen Ländern hatten zwar nicht immer die Vorteile der Demokratie, aber doch immerhin die des Kapitalismus zu schätzen gelernt. In den sowjetischen Lagern hingegen wurden viele vom Überwachungssystem abgestoßen, welches von den Aktivisten der „antifaschistischen Gruppen“ etabliert worden war. Der Anteil der „Spitzel“ soll bei etwa zehn Prozent der Gefangenen gelegen haben<sup>23</sup>. Es entstand eine Atmosphäre des Mißtrauens, die immer wieder ihre Bestätigung erhielt, wenn einzelne in den zahllosen Verhören mit ihren privaten Aussagen gegenüber Mitgefangenen konfrontiert wurden. Unter dem Einfluß des Hungers und der politischen Überwachung zerfiel das System der Kameradschaft. Überdies wirkten die augenfälligen Versorgungsmängel im Lande und die Korruption des sowjetischen Personals abstoßend.

Schließlich hatten die Langzeitgefangenen im Osten Gelegenheit, bereits in den Lagern die Lebenschancen in den beiden deutschen Staaten zu vergleichen. Als nämlich seit 1949 Pakete aus Deutschland die Sowjetunion erreichten, verfügten einzelne über Nahrungsmittel im Übermaß – wertvolle Güter für Tauschgeschäfte mit Lagerkollegen und sowjetischem Aufsichtspersonal. Auf dieser Grundlage entstanden der „Paketwohlstand“ und ein Schwarzmarkt sowie schließlich eine neue Lagerhierarchie. Nicht die „Antifaschisten“ und „Bestarbeiter“, sondern die Empfänger von Luxuspaketen bildeten jetzt den „Lageradel“. Einzelne präsentierten und genossen ihren neuen Wohlstand, „deutsche Wurst“ und „deutsche Trainingsanzüge“. Solch ansehnliche „Liebesgaben“ kamen stets aus Westdeutschland. Die Ost-West-Grenze durchschnitt bereits die Gesellschaft und den Alltag der Kriegsgefangenenlager.

22 Emil Jeschonnek, Wo der Landser denken lernte. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Spiegel der Zeitung „Nachrichten“, Berlin (Ost) 1959.

23 Vgl. Diether Cartellieri, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Die Lagergesellschaft (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. II), München 1967, S. 35.

---

## IV. Kulturarbeit und politische Beeinflussung

---

Das Lagerdasein bedeutete für die meisten ein tägliches Einerlei aus Arbeit und Warten auf die Entlassung, obwohl es – vor allem in den Lagern der USA und Englands – ein breites, von der Gewahrsamsmacht initiiertes Angebot an allgemeinbildenden Veranstaltungen, an Lektüre, Lagertheater, Vorträgen und Sport gab<sup>24</sup>. In England hatten ausgewählte *prisoners of war* die Möglichkeit zur Teilnahme an Sonderkursen der Universität Cambridge oder zum Opernbesuch in London. Gelegentlich konnte die Gefangenschaft tatsächlich zu einer „Lageruniversität“ werden.

Die sowjetische Gewahrsamsmacht förderte die Kulturarbeit in geringerem Maße, aber auch sie erlaubte den Gefangenen kulturelle Aktivitäten, beispielsweise die Teilnahme an Theater- und Musikgruppen. Von den Theateraufführungen und Konzerten in den Lagern und von den teils sehr ansehnlichen Ergebnissen der Gefangenen in der bildenden Kunst und in der Dichtung ist nach der Heimkehr in Zeitschriften und im Rundfunk oft berichtet worden<sup>25</sup>. Viele, die sich an dieser Lagerkultur beteiligt hatten, gedachten später nicht ohne Stolz ihrer eigenen künstlerischen Leistungen. Die Bilanz konnte dann durchaus zwiespältig ausfallen. Sie waren einesteils bereit, sich dem vorherrschenden Meinungsbild anzuschließen, Krieg und Gefangenschaft als „gestohlene Jahre“<sup>26</sup> ihres Lebens abzubuchen. Zugleich beklagten sie aber, daß für die in den Lagern entwickelten Interessen im späteren Arbeits- und Familienleben zu wenig Zeit blieb.

Neben den kulturellen Aktivitäten wurde in den Lagern der USA und Großbritanniens von seiten der Leitungsgremien eine kontroverse politische Diskussion über die Ziele und Verbrechen des Nationalsozialismus initiiert. Den Einstieg dazu

24 Vgl. Kurt W. Böhme, Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XIV), Bielefeld 1968; Henry Faulk, Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien. Re-education (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XI/2), München 1970.

25 Vgl. dazu die Museumsausstellungen im Deutschen Historischen Museum (Berlin) und die vom Kulturgeschichtlichen Museum Osnabrück organisierte (E. H. Segschneider) Wanderausstellung; Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), Kriegsgefangene, Berlin 1990; Ernst Helmut Segschneider (Hrsg.), Jahre im Abseits. Erinnerungen an die Kriegsgefangenschaft, Bramsche 1991.

26 Vgl. das monumentale Werk: Hans Joachim Schröder, Die gestohlenen Jahre, Tübingen 1992.



boten etwa Informationen über die Nürnberger Prozesse oder der amerikanische Film über die deutschen Konzentrationslager. In den Diskussionen kamen mit Zustimmung der Lagerleitung die unterschiedlichen politischen Überzeugungen zu Wort, selbst unverbesserliche Anhänger des Nationalsozialismus.

Die deutschen Soldaten waren nach der Gefangenname über ihre politische Einstellung befragt und sorgfältig gruppiert worden, beispielsweise in England in ein achtstufiges Ordnungssystem. Dieses reichte vom „echten Antinazi“ über den „ehrlichen Anhänger des Nationalsozialismus“, der dessen „wahre moralische Fäulnis“ inzwischen erkannt hatte, bis zum unverbesserlichen Nazi<sup>27</sup>. In einzelnen Lagern dominierten Leute, die den Nationalsozialismus inzwischen ablehnten, in anderen überzeugte Nazis. Letztere fanden sich häufig unter jungen, von den nationalsozialistischen Institutionen geprägten Männern. Des öfteren ist es zwischen Nationalsozialisten und den von ihnen zu Verrätern erklärten kooperationsbereiten Gefangenen nicht bei Diskussionen geblieben. Es gab Lager, in denen Nationalsozialisten die politischen Gegner unter den Mitgefangenen mit stiller Duldung der Amerikaner und Engländer terrorisierten.

In den sowjetischen Gefangenenlagern war bereits während der Kriegsjahre eine antifaschistische Schulungsarbeit aufgenommen worden. Frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei oder Abkömmlinge aus kommunistischen Familien übernahmen dabei Leitungsfunktionen. Die Mitarbeit in diesen Aktiven war allgemein mit Vergünstigungen, etwa besserer Ernährung, verbunden. Deshalb fanden sich in den ersten Jahren, den Hungerzeiten, neben den Antifaschisten aus Überzeugung zunehmend Opportunisten als Mitarbeiter. Ziel der „antifaschistischen“ Erziehung war die Vermittlung von Grundkenntnissen des Marxismus-Leninismus und die Vorbereitung von Propagandaaktionen gegen deutsche Frontsoldaten. Nach der Niederlage von Stalingrad im Winter 1942/43 kam es im Juli 1943 zur Gründung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD)<sup>28</sup> und ein paar Monate später des „Bundes deutscher Offiziere“ (BDO). An der Gründung waren neben kommunistischen Exilanten auch Vertreter aus bürgerlichen Berufen und Offiziere von adeliger Herkunft beteiligt. Dabei entstand ein Klassen und Sozialschichten übergreifendes „Kampfbündnis“. Über diese politischen

Institutionen ist später in der Bundesrepublik kontrovers diskutiert worden, wobei es vor allem darum ging, ob die Beteiligten – wie die Männer des 20. Juli 1944 – als Widerstandskämpfer gegen Hitler gelten können<sup>29</sup>.

In den sowjetischen Lagern versahen die Männer des NKFD bis zur Auflösung der Institution im Herbst 1945 zusammen mit den weiterhin bestehenden Organisationen der Antifa wichtige Aufgaben bei der Leitung der Lager. Es waren allein die Mitglieder dieser Gruppen, die an der Wahl des politischen Lageraktivs teilnehmen durften<sup>30</sup>. Etwa die Hälfte der Lagerinsassen hat sich formal zur Mitarbeit im NKFD und in den Antifa-Aktiven bereit erklärt. Die Mehrheit ist dabei dem eingelebten Muster soldatischen Lebens in Krieg und Frieden gefolgt – mit Lippenbekenntnis und gleichzeitigem „Dienst nach Vorschrift“. Galt es doch, die Gefangenenszeit mit so wenigen Schäden wie möglich zu überleben. Lew Kopelew, der als Vernehmungsoffizier der Roten Armee tätig war, erinnerte sich später des schweren Standes, den er und seine Kollegen gerade bei einfachen Landsern aus dem Arbeitermilieu hatten: „Was fängst du mit dem Kerl an, der ist so antikommunistisch, der schimpft auf die Sowjetunion, für ihn sind die Straßen dreckig und unser Leben schlecht.“<sup>31</sup>

In englischer Gefangenschaft zählten die Lagerzeitungen zum Re-education-Programm. Fast jedes Lager hatte seine Postille. Die Titel – etwa „Die Wahrheit“, „Wille und Weg“ – lassen Pathos und didaktischen Impetus erkennen. Für viele der Gefangenen handelte es sich bei diesem Lektüreangebot um „Verräterschriften“, andere lehnten die Lagerpresse wegen ihres naiv-moralisierenden Untertons ab, denn das Niveau dieser Presse war eher amateurhaft als journalistisch professionell. In England und den USA war überdies eine allgemeine, lagerübergreifende Presse verbreitet, deren prominenteste Erzeugnisse in den USA seit Ende 1944 „Der Ruf“ und in England seit Anfang 1941 „DIE WOCHENPOST“ waren<sup>32</sup>.

Aus der amerikanischen Kriegsgefangenenzeitung ist zwischen 1946 und 1949 die von Alfred Andersch und Hans Werner Richter herausgegebene Publikation „DER RUF. Zeitung der jungen Ge-

27 Vgl. H. Faulk (Anm. 24), S. 85, 100, 342.

28 Vgl. P. Steinbach (Anm. 6), S. 41; Karl-Heinz Frieser, Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Mainz 1981.

29 Vgl. Alexander Fischer, Widerstand hinter Stacheldraht. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Beilage) vom 10. Juli 1993.

30 Vgl. K.-H. Frieser (Anm. 28), S. 112 ff.

31 Heinrich Böll/Lew Kopelew, Warum haben wir aufeinander geschossen?, Bornheim-Merten 1981, S. 29.

32 Vgl. H. Faulk (Anm. 24), S. 439 ff.; K. W. Böhme (Anm. 24), S. 46 ff.



neration“ entstanden<sup>33</sup>. Es sind also tatsächlich in den Lagern spätere berufliche Karrieren initiiert oder gefördert worden. DER RUF hat an der Konstitution des kulturellen Lebens in Westdeutschland als linksliberal-idealistisch orientiertes Blatt Anteil genommen. Eine vergleichbar offene Presse gab es in Frankreich nicht. In der UdSSR standen die Publikationen vollends im Dienste der Propaganda; sie schilderten die Entwicklungen in der SBZ/DDR euphorisch und brandmarkten die des Westens. Die Selektivität der Berichterstattung in der Sowjetunion wird durch die Tatsache belegt, daß Heimkehrer der Jahre 1954/55 vom Korea-Krieg (1950–1953) erst in Deutschland erfuhren<sup>34</sup>.

---

## V. Die Folgen der Kriegsgefangenschaft für das kollektive Bewußtsein

---

Unter den Kriegsgefangenen und Heimkehrern war das Gefühl verbreitet, „Opfer“ zu sein – Opfer der Weltläufe und konkret des Nazisystems. Waren sie es doch, die Lebensgefahr und extremen Hunger erleiden und ihre Jugend im Krieg und in Lagern zubringen mußten, während die erfolgreichen Nationalsozialisten – oft zu Hause geblieben – gerade dabei waren, sich „entnazifizieren“ zu lassen und ihre berufliche Karriere fortzusetzen. In den Aufbaujahren, den Zeiten des „Blicks nach vorn“, schwand freilich das Interesse an der unmittelbaren Vergangenheit. Nicht nur die Vernichtung der Juden und anderer „rassisch Minderwertiger“, sondern auch Flucht und Vertreibung sowie das Schicksal der Gefangenen wurden verdrängt.

Die Heimkehrer aus den westlichen Ländern kamen eher nach Hause und waren körperlich und seelisch in einer günstigeren Verfassung als die Heimkehrer aus dem Osten. In den Zeiten des Kalten Krieges paßten sie sich mit ihren Erlebnissen fast nahtlos in die vorherrschende Meinungslage ein. Wenn Kritik an den Zuständen in Frankreich oder Amerika zu hören war, blieb sie meistens privat. Das war bei den Heimkehrern aus der Sowjetunion anders. Ihre Erfahrungen deckten

sich mit der vorherrschenden politischen Gefühlslage der Öffentlichkeit; sie besaßen ein klar konturiertes „Rußlandbild“. Wie keine andere Gruppe der Bevölkerung in der Bundesrepublik verfügten die Heimkehrer aus der Sowjetunion über Lebenserfahrungen im sowjetischen System.

Ein eigenes Genre, die „Kriegsgefangenenliteratur“, legte auf ihre Weise Zeugnis ab. In der Memoirenliteratur der ersten Nachkriegszeit und der fünfziger Jahre haben „Tatsachenberichte“ und Bekenntnisschriften ehemaliger Kriegsgefangener ihren festen Platz gefunden: „Ich komme soeben aus Sowjetrußland“, „50 Monate Sibirien“, „Vor den Toren des Lebens“, „Ich spreche die Wahrheit“ – Titel, die sich an ein großes Publikum richteten. Die literarische Qualität der Mehrzahl dieser „Berichte“, „Abrechnungen“ und „Aufrechnungen“, „einfacher, unbekannter“ ehemaliger deutscher Soldaten ist indiskutabel. Sie liegt kaum über dem Niveau der heutigen Soldatenheftchen-Literatur. Die Heimkehrerberichte hatten wie diese zum Teil hohe Auflagen, erschienen aber im Gegensatz dazu teilweise in recht angesehenen Buchverlagen<sup>35</sup>. Die politische Orientierung der Gattung „Heimkehrerroman“ ist uniform. Fast einhellig liegen sie auf einer politischen Linie; d. h., sie kritisieren den Kommunismus als Armuts- und Unrechtssystem, voller Spitzel und Gewalt nach innen und außen.

Regelmäßig werden in diesen populären Lesestoffen Vergleiche zwischen dem Kommunismus der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Regime gezogen. Sie verlaufen nach einheitlichem Muster: Das Naziregime ist zum Glück endgültig verschwunden. Der Autor geht schuldlos und moralisch sauber daraus hervor, zumal er – wie die anderen ehemaligen Frontsoldaten – in innerer Distanz zu ihm gestanden hatte. Das andere Unrechtssystem, der Kommunismus der Sowjetunion, hingegen fand sich „unberechtigt“ unter den Siegermächten. Wenn es in der Nachkriegszeit in der Politik und in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik nicht zu einer Korrektur dieses Feindbildes kam, in der Sowjetunion statt dessen vielfach der unberechtigte Sieger über das Nazisystem und in ungebrochener Kontinuität der Gegner gesehen wurde, so hat daran – neben den Zeitereignissen seit 1945 – diese Kriegsgefangenenliteratur ihren Anteil.

---

33 Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 161 ff.

34 Vgl. A. Lehmann (Anm. 2), S. 123.

35 Vgl. ebd., S. 163 ff.



# Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte

---

## I. Ein verdrängtes Thema

---

Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen sind derzeit weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht<sup>1</sup>. Nachrichten über Vertreibungen und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind. Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben?<sup>2</sup> Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschulditable spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?

---

1 Die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen herausgegebene „UN-Information“ nennt für den September 1994 die Zahlen von weltweit mehr als 23 Millionen Menschen, die über Landesgrenzen geflüchtet oder vertrieben worden sind, und schätzungsweise 26 Millionen Menschen, die innerhalb ihres Landes aufgrund von Bürgerkriegen und inneren Konflikten ihre Heimat verlassen mußten.

2 Vgl. Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Eine kritische Stellungnahme, in: Herbert Hupka, Schlesi-sches Credo. Aufsätze und Dokumente aus zwei Jahrzehnten, München – Wien 1986, S. 131.

Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.

Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema „Vertreibung in Film und Literatur“ enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ in folgendem Auszug veröffentlichte: „Man fragt sich unwillkürlich, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat. Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen – wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?“<sup>3</sup>

Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Rahmen Niederschriften (z. B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa“ herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – nachdem sie über zwei Jahrzehnte nicht

---

3 Heinz Nawratil, Vertreibungsverbrechen an Deutschen, München 1982, S. 194.



mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden<sup>4</sup>.

Im Bundesarchiv in Koblenz lagern mehr als 40 000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschluss gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnten<sup>5</sup>.

Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben<sup>6</sup>. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht<sup>7</sup>.

Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu verantwortende Fernsehsendung „Das deutsche Nachkriegswunder. Leid und Leistung der Vertriebenen“ genannt werden. In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch „Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen“ zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: „Die Solidarität, das Mit-

gefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Verletzten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden.“<sup>8</sup>

Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert<sup>9</sup>. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von „Umsiedlern“ gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als „Neubürger“ bezeichnet<sup>10</sup>.

Im Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 hatten die Moskauer Satellitenregime in Warschau und Ost-Berlin die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen der damaligen DDR und der Volksrepublik Polen festgelegt<sup>11</sup>. In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feindbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam.

Erst in den sechziger Jahren gab es in der DDR erste literarische Arbeiten, in denen die ostdeutsche Herkunft der Autoren zum Ausdruck kommt. Später waren es u. a. Christa Wolf, Ursula Höntsch und Armin Müller, die durch Romane Aufsehen

4 Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I–V, bearbeitet von Theodor Schieder u. a., hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Berlin 1953–1961 (unv. Neuauflagen München 1984 und Augsburg 1993/94).

5 Vertreibung und Vertriebenensverbrechen: 1945–1948, Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989; vgl. Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, Arget 1983, S. 46 und 60.

6 Vgl. u. a. Fritz Peter Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, München–Wien 1984; Herbert Hupka (Hrsg.), Letzte Tage in Schlesien, München 1981; Klaus Granzow (Hrsg.), Letzte Tage in Pommern, München–Wien 1984; Herbert Reinold, Letzte Tage in Ostpreußen, München–Wien 1983; Ekkehard Kuhn, Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, München–Wien 1987; Günter Böddeker, Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten, München–Berlin 1980; Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt 1985.

7 Vgl. Alfred M. de Zayas, Nemesi at Potsdam – The Anglo-Americans and the Expulsion of the Germans, London 1977; deutsche Fassung: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1980; ders., Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle, München 1984; ders., Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986. Anfang 1994 erschien im New Yorker Verlag St. Martins Press eine völlig überarbeitete und mit zusätzlichen Dokumenten versehene Neuauflage in englischer Sprache.

8 E. Kuhn (Anm. 6), S. 13.

9 Vgl. Jörg Bernhard Bilke/Karlheinz Lau/Manfred Wille, Die Vertriebenen in Mitteldeutschland, Deutschlandpolitische Schriftenreihe 10, hrsg. vom Bund der Vertriebenen, Bonn 1991.

10 Vgl. ebd., S. 15.

11 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es unmittelbar nach Kriegsende auch unter den mitteldeutschen Kommunisten noch Stimmen gab, welche die Oder-Neiße-Linie als künftige deutsche Ostgrenze in Frage stellten. In einem am 15. September 1945 erschienenen Beitrag der „Märkischen Zeitung“ unter der Überschrift „Landraub der Polen empörte Wilhelm Pieck“ berichtet Ministerialdirektor a. D. Hermann Kreutzer über eine Zusammenkunft führender SPD- und KPD-Politiker Anfang Juli 1945 im „Volkshaus“ in Weimar, an der u. a. Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht teilnahmen, unter anderem folgendes: „Während des Gesprächs brachte ein Bote eine Meldung für Wilhelm Pieck. Der las die Meldung und wurde feuerrot im Gesicht, ... dann schrie er los: ‚Genossen, mir wird soeben mitgeteilt, daß die Polen Stettin besetzt haben! Das ist ein Übergriff, den wir uns nicht bieten lassen werden! Und überhaupt!‘, so fuhr der wütende Pieck fort, ‚werden wir uns alles wieder zurückholen, ... auch meine Heimatstadt Guben!‘ In der Runde gab es den gleichen Protest, wie er von Pieck artikuliert worden war ...“



erregten, in denen sich ostdeutsche Flucht- und Vertreibungsschicksale widerspiegeln<sup>12</sup>. An diesen Veröffentlichungen entzündete sich jedoch keine Diskussion über kulturelle, soziale oder politische Aspekte der Lage der Vertriebenen in der DDR.

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Erforschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben<sup>13</sup>. In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt<sup>14</sup>. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200 000)<sup>15</sup>.

---

## II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

---

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufen Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen

12 Vgl. Jörg Bernhard Bilke, Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur, in: J. B. Bilke/K. Lau/M. Wille (Anm. 9), S. 16–21.

13 Vgl. ebd., S. 13.

14 Vgl. Drucksache 12/7820 des Deutschen Bundestages vom 31. 5. 1994.

15 Vgl. Beata Ociepka, Związek Wypędzonych w nowych landach Republiki Federalnej Niemiec (deutsch: Bund der Vertriebenen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland), in: Zblizenia, Pismo uniwersytetu (Schrift der Universität Breslau), (1994), S. 71–80.

und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens wurden ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.

Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg<sup>16</sup>.

Von dem Leid, das durch Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen, Tschechen und anderen zugefügt wurde, darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat<sup>17</sup>, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.

Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der „Atlantik-Charta“ dazu, „daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit

16 Vgl. E. Kuhn (Anm. 6), S. 34–48. Kuhn verweist u. a. auf entsprechende Wertungen des amerikanischen Historikers Gordon A. Craig. Theodor Heuss zitiert er aus seinem 1932 erschienenen Buch „Hitlers Weg“ mit der Aussage: „Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.“

17 So die polnischen Pogrome gegen Juden sowie die Morde des „Bromberger Blutsonntags“, die etwa 5 000 Opfer unter den Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit forderten, oder die 15 000 von der Sowjetunion bei Katyn ermordeten polnischen Offiziere – eine Mordtat, die bis vor kurzem aus propagandistischen Gründen noch den Deutschen angelastet wurde. Vgl. ferner Jan Gross, Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt, Freiburg 1986. Gross weist darauf hin, daß fast zehn Prozent der Bevölkerung des einverleibten polnischen Gebietes, etwa 1,25 Mio. Menschen, in die Sowjetunion verschleppt wurden. 1942 wurden die Soldaten der in der Sowjetunion neugeformierten polnischen Armee mitsamt ihren Familien, insgesamt etwa 120 000 Menschen, in den Iran verschleppt.



dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen“. Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exil-Präsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta<sup>18</sup>. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudetendeutschen zu erreichen<sup>19</sup>.

Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran ließen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret „Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes“, was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam<sup>20</sup>.

In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen<sup>21</sup>. Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmung der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in

sowjetische Arbeitslager zu erreichen<sup>22</sup>. Obwohl die amerikanische und die britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen Stalins entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.

Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.

Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße-Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens, Tomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der „Sunday-Times“ gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegs-Polen wiedererstehen. „Amputationen“ im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern. Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: „Wir wollen weder Stettin noch Breslau.“<sup>23</sup> Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.

Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg der von ihr abhängigen pol-

18 Vgl. Gotthold Rhode/Wolfgang Wagner (Hrsg.), Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie, Stuttgart 1956, S. 46f.

19 Vgl. Fritz P. Habel (Anm. 6), S. 248f.; Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. IV/1, S. 38f.

20 Vgl. Volk auf dem Weg – Deutsche in Rußland und der GUS, 1763–1993, hrsg. vom Kulturrat und Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, Stuttgart 1993, S. 16f.

21 Vgl. u. a. Michael Voslensky, Deportation und Vertreibung – eine sowjetische Idee, in: Deportation, Flucht und Vertreibung. Ein Rückblick nach 40 Jahren, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München 1985. Die Einverleibung Stettins in den polnischen Staat war ein Zug stalinscher Machtpolitik, der von den Westmächten zu keinem Zeitpunkt gebilligt worden war. Vgl. A. M. de Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (Anm. 7), S. 70f. Ferner Gotthold Rhode, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/88.

22 Am 13. Dezember 1944 erklärte Churchill vor dem Unterhaus zur Konferenz von Jalta: „Natürlich würde ein Bevölkerungsaustausch im Osten und Norden die Folge sein. Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen vom Osten nach dem Westen oder Norden müßte durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel.“ Vgl. G. Rhode/W. Wagner (Anm. 18), S. 124.

23 Zit. in ebd., S. 132.



nisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten vier Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.

Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens – sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten. Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens<sup>24</sup>.

---

### III. Die Vertreibung der Deutschen

---

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 „die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, . . . in *ordnungsgemäßer* und *humaner* Weise“ beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange. Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der „Zwangsumsiedlung“ anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen.

In den östlichen Flucht- und Vertreibungsgebieten befanden sich mehr Zivilisten als zu Beginn des Krieges. Dafür waren folgende Faktoren maßgeblich<sup>25</sup>:

---

24 Schon am 4. Mai 1945 prägte Churchill den Begriff vom „Eisernen Vorhang“, der sich in Europa niedergelassen habe. Vgl. G. Rhode/W. Wagner (Anm. 18), S. 220.

25 Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 1–5. Soweit in den folgenden Ausführungen keine Quellenangaben erfolgen, stammen die Informationen aus diesem grundlegenden Standardwerk, das ohnehin bis heute die Grundlage für die Mehrzahl der Publikationen zur Vertreibung darstellt.

- Die „Endsieg“-Propaganda der Nationalsozialisten sowie militärisch-polizeiliche Maßnahmen verhinderten oft bis zuletzt Fluchtbewegungen aus diesem Raum.
- In den letzten Kriegsjahren strömten Hunderttausende von Evakuierten aus dem mittleren und westlichen Reichsgebiet, vor allem auch aus dem zerstörten Berlin, in die ländlichen Gegenden Ostdeutschlands.
- Während der Kriegszeit waren Hunderttausende von Deutschen aus anderen osteuropäischen Regionen in Polen angesiedelt worden<sup>26</sup>.

Insgesamt lebten bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie 9,75 Millionen Deutsche. Hinzugerechnet werden müssen jene 2,14 Millionen Deutsche, die damals in Danzig, im Memelland und in Polen lebten, so daß fast zwölf Millionen Deutsche, die zum Kriegsdienst eingezogenen ostdeutschen Männer nicht eingerechnet, in diesem Raum in das Vertreibungsgeschehen verwickelt wurden.

Das Unheil kündigte sich an, als es der Roten Armee im Herbst 1944 gelang, die deutsche Ostfront aufzubrechen und für eine kurze Frist ostpreussisches Gebiet zu besetzen. Was die deutschen Soldaten in Nemmersdorf und anderen Gemeinden nach dem Zurückschlagen der Sowjets vorfanden, überstieg bei weitem die erwartete Gewalt. Unter diesem Schock begann man allmählich nachzuvollziehen, was deutsche SS-Einsatzgruppen in Rußland angerichtet hatten. Nach dem Bekanntwerden der Greuelthaten setzten erste Flüchtlingsströme ein. Mit dem näherrückenden Kriegsende verließen immer mehr Menschen in langen Flüchtlingstrecks hungernd, frierend und feindlichen Luftwaffenangriffen ausgesetzt ihre Heimat in der Hoffnung, in den Ostseehäfen die Rettung übers Meer zu finden. Kaum einer rechnete damit, daß es ein Abschied für immer werden sollte. Insgesamt retteten damals in der größten Rettungsaktion in der Geschichte der Schifffahrt 672 Handels- und 409 Kriegsschiffe etwa 2,4 Millionen Menschen über die Ostsee. Beim Untergang von Schiffen fanden 33 082 Flüchtlinge den Tod. Nur dem unermüdlichen Einsatz der Rettungsmannschaften war es zu verdanken, daß sich die Zahl der Opfer „in Grenzen“ hielt<sup>27</sup>.

---

26 Als Folge der „Lebensraumpolitik“ Hitlers waren in den Jahren 1939–1941 rund 500 000 Deutsche aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien, der Bukowina und Bessarabien überwiegend im okkupierten Teil Polens angesiedelt worden, von denen sich viele zum Kriegsende auf der Flucht vor der Roten Armee ebenfalls in Ostdeutschland aufhielten. Vgl. A. M. de Zayas, Anmerkungen zur Vertreibung (Anm. 7), S. 52f.

27 Vgl. Heinz Schön, Ostsee '45 – Menschen, Schiffe, Schicksale, Stuttgart 1983, S. 649f.



Dennoch gelang es den Sowjets mit ihren völkerrechtswidrigen Angriffen gegen Flüchtlingschiffe, die mit Abstand größten Schiffstragödien überhaupt herbeizuführen. Es wurden von sowjetischen Torpedotreffern und Bombern in den Monaten vor Kriegsende versenkt: die „Goya“ mit 6666 Opfern, die „Wilhelm Gustloff“, die über 5000 Menschen, darunter etwa 3000 Kinder, mit in die Tiefe riß, und die „Steuben“ mit 3608 Opfern. Britische Bomber versenkten die „Cap Arcona“, wobei 5594 Menschen ums Leben kamen – fast ausschließlich evakuierte KZ-Häftlinge. Zum Vergleich: Beim weltweit bekannten Untergang der „Titanic“ im Jahre 1912 starben 1513 Menschen. Auch jene verschwiegenen und vergessenen Schicksale sowie die im folgenden genannten Vertreibungsverbrechen an Millionen von Menschen sollten also mitbedacht werden.

Bei den Übergriffen vorrückender Rotarmisten gegen die ostdeutsche Zivilbevölkerung handelte es sich keineswegs nur um spontane Racheaktionen von außer Kontrolle geratenen Soldaten. Eine Fülle von vorliegenden Flugblättern, Hetzparolen in Soldatenzeitungen oder Briefen von Rotarmisten belegen, daß die Gewalt gegen Deutsche im Osten erklärtes Ziel kommunistischer Politik war. Wie kein anderer schürte der russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg mit dem Aufruf „Töte“ und zahlreichen ähnlichen Appellen in der Roten Armee blindwütigen Haß auf die Deutschen<sup>28</sup>. Andere russische Schriftsteller wie Alexander Solschenyzin und Lew Kopelew wurden als Angehörige der vorrückenden Roten Armee Zeugen der brutalen Ausschreitungen gegen deutsche Zivilisten. Es hat diese beiden Russen viele Jahre ihres Lebens in den Konzentrationslagern des Archipel Gulag gekostet, daß sie sich mit diesem Terror und Mord nicht abfinden wollten.

Etwa ein Viertel aller deutschen Vertriebenen stammt aus Schlesien. Zu Anfang des Jahres 1945 lebten hier noch etwa 4,7 Millionen Deutsche. Nachdem in den folgenden Monaten Krieg und Vertreibung auch auf Schlesien übergriffen, wurde die Bevölkerung folgendermaßen auseinandergerissen:

- In der Heimat zurückgeblieben oder auf der Flucht eingeholt, sind etwa 1,6 Millionen Schlesier der Roten Armee in die Hände gefallen;
- ungefähr 1,6 Millionen Schlesier konnten in die Tschechoslowakei flüchten;

28 Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 61; vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs (Anm. 5), S. 24–26.; H. Nawratil (Anm. 3), S. 99.

- weitere 1,5 Millionen Schlesier gelangten auf direktem Weg in westliche Gebiete des Deutschen Reiches.

Zusammenfassend heißt es dazu in der Dokumentation des Vertriebenenministeriums: Vertreibung und Flucht in Schlesien erhielten dadurch einen besonderen Charakter, daß, anders als die westpolnischen Gebiete und die übrigen ostdeutschen Regionen, Schlesien nicht im Handstreich von der Roten Armee überrollt werden konnte. Außerdem blieb bis zuletzt für die schlesische Bevölkerung die Möglichkeit zur Flucht auf dem relativ unbehinderten Weg nach Böhmen und Mähren offen. „Die Überrollung von Trecks, die Einschließung in Kessel und die Versperrung der Fluchtwege, die in so vielen Fällen das Fluchtschicksal der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und den polnischen Gebieten besiegelte, ist auch in Schlesien oft genug vorgekommen, hat aber dort nicht in gleicher Weise den Verlauf der Fluchtbewegung bestimmt. Die Evakuierung bzw. Flucht der schlesischen Bevölkerung verlief in einzelnen aufeinanderfolgenden Wellen, die, vom Vordringen der Russen bestimmt, jeweils verschiedene Landesteile ergriffen.“<sup>29</sup>

Als die sowjetischen Truppen Mitte Februar 1945 den Ring um das zur Festung erklärte Breslau geschlossen hatten, waren noch etwa 200 000 Zivilpersonen in der Stadt, von denen in den folgenden schlimmen Monaten der Belagerung bis zur Kapitulation am 6./7. Mai 1945 ca. 40 000 umgekommen sind<sup>30</sup>. Besonders arg traf es auch die Bevölkerung kleinerer Städte, die zum Kampfgebiet wurden, zum Beispiel Striegau, südwestlich von Breslau. Als am 15. Februar die sowjetischen Soldaten die Stadt eroberten, war noch die Hälfte der Einwohner, 15 000 Menschen, dort. Bei der kurzzeitigen Rückeroberung der Stadt durch deutsche Truppen im März 1945 konnten von den zurückgebliebenen Einwohnern nur noch die Getöteten gefunden werden. Die anderen waren in rückwärtige, sowjetisch besetzte Gebiete verschleppt worden<sup>31</sup>.

Von den schlesischen Flüchtlingen, die nach Sachsen aufgebrochen waren, gerieten Mitte Februar 1945 ungezählte Tausende in die schweren Bombenangriffe auf Dresden und kamen darin um. Denn nicht allein Russen, Polen, Tschechen und Jugoslawen bestimmten den Leidensweg der Ver-

29 Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 51 E.

30 Vgl. ebd., S. 54 E; Horst G.W. Gleiss, Breslauer Apokalypse 1945, 6 Bände, Wedel 1986–1990. Zwei weitere Bände sind noch in Vorbereitung.

31 Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 55 E.



triebenen. Am 13. und 14. Februar 1945 eröffneten anglo-amerikanische Luftangriffe ein Flächenbombardement auf das militärisch völlig irrelevante, aber mit Flüchtlingen überbevölkerte Dresden. Dies bedeutete die Vernichtung einer großen alten Kulturstadt sowie den Massenmord an mindestens 30 000 Menschen. Es geht bei diesen und anderen Feststellungen keineswegs um den Versuch einer Aufrechnung, sondern darum, daß ein Verbrechen auch so genannt werden muß.

Besonders schlimm erging es auch Hunderttausenden, die in die sudetendeutschen Gebiete und weiter nach Böhmen oder Mähren geflohen waren und dort nach Kriegsende dem Haß von Tschechen ausgeliefert waren, die oft noch gewalttätiger vorgehen als die Rotarmisten.

Bereits Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges übertrug die Sowjetunion den moskautreuen polnischen Kommunisten die Verwaltungshoheit über die eroberten ostdeutschen Regionen, mit Ausnahme des Königsberger Gebietes. Am 5. Februar 1945 gab der polnische KP-Führer Boleslaw Bierut für die provisorische Regierung der Polnischen Republik bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neiße übernommen habe. Bis zum 20. März hatten die polnischen Kommunisten in Ostdeutschland und Danzig bereits fünf Wojewodschaften eingerichtet. Am 24. Mai 1945 wurde das Dekret „Betreffend die Verwaltung der wiedergewonnenen Gebiete“ erlassen, welches formell die polnisch-kommunistische Machtbefugnis über den größten Teil Ostdeutschlands bestätigte. Dennoch kam es ständig zu Reibereien zwischen russischer Militär- und polnischer Zivilverwaltung hinsichtlich der Erbeutung und Demontage deutschen Besitzes sowie der Behandlung der „vogelfrei“ gewordenen deutschen Bevölkerung.

Die überlebenden Deutschen wurden nach Plünderungen und Mißhandlungen oft wie Sklaven gehalten, in sowjetische Arbeitslager deportiert, und zum Teil wurden ganze Dorfbevölkerungen in von den Nazis übernommene oder neu eingerichtete Konzentrationslager gebracht<sup>32</sup>. Aufgrund des bereits am 2. März 1945 erlassenen „Dekretes über aufgegebene und verlassene Vermögen“ konnten sich Polen die deutsche Habe beliebig aneignen. Vom eigenen Haus oder Hof vertriebene Deutsche wurden zu um ihr Leben zitternden Bettlern und vom Abfall lebenden Vagabunden.

Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich

der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200 000 bis 300 000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische „Miliz“ nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteleuropäischen Boden erreichten. Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden. Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde<sup>33</sup>.

---

#### IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

---

##### **Die Vertreibung aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien**

Die Phase der „kontrollierten“, aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden. Es durfte nur soviel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte. Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteleuropäischen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepackte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen im Westen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hat-

<sup>32</sup> Vgl. Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 110 E ff.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 123 E–135 E.



ten<sup>34</sup>. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben. Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.

Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im ober-schlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte, und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der „Rückkehr in uralte Piastengebiete“, die auch als „wiedergewonnene Gebiete“ bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen. Diese Deutschen, die als „Autochthone“ im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.

Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Ausiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind. Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch-verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen „Autochthone“ und „anerkannte Deutsche“, 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200 000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen („Reemigranten“) und 2,1 Millio-

nen „Repatrianten“ aus den ostpolnischen Gebieten<sup>35</sup>. Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommer-schen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlungsinseln.

### Die Vertreibung der Sudetendeutschen

Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen. Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähschriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her<sup>36</sup>. Zwar wird auch von Gewalttaten von Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen. Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in „wilden Ausweisungen“ zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten. Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielten als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.

Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibungen einzustellen, wurden weiter Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten. Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350 000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen

34 Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, S. 110f. Danach sah der in Potsdam beschlossene Ausweisungsplan die Aufnahme von nur 6,65 Millionen Vertriebenen vor. Bis 1950 waren es allein im Westen acht Millionen, statt der im Ausweisungsplan vorgesehenen 3,9 Millionen. Auch nach Mitteldeutschland kamen statt der geplanten 2,75 Millionen Vertriebene vier Millionen.

35 Vgl. G. Rhode (Anm. 21), S. 9.

36 Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs (Anm. 5), S. 42f.; Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. IV/1, S. 60–136.



fürten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnert sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten „Todesmarsch“ der Brüner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20 000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben<sup>37</sup>.

Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegsende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700 000 bis 800 000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle, die durch das Potsdamer Abkommen sanktioniert war; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1 859 541 Sudetendeutsche<sup>38</sup>.

### Die Vertreibung aus Südosteuropa

Trotz Evakuierungsappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500 000 Ungarndeutschen nur knapp zehn Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greueln wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60 000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt<sup>39</sup>.

Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In zwei Etappen wurden 1946 170 000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50 000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270 000 konnten in der Heimat verbleiben.

Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in

Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab<sup>40</sup>. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800 000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200 000 im Lande. Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67 000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80 000 Deutsche umgekommen.

In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hier hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80 000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt<sup>41</sup>. Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht stattgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

---

## V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

---

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ wird zum Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland zusammenfassend festgestellt:

„Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher

37 Vgl. Dokumentation der Vertreibung, ebd., S. 71f.; Vertreibung und Vertriebsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs, ebd., S. 46.

38 Vgl. Dokumentation der Vertreibung, ebd., Band IV/1, S. 123.

39 Vgl. ebd., Bd. II, S. 42 Ef.

40 Vgl. Vertreibung und Vertriebsverbrechen, Bericht des Bundesarchivs (Anm. 5), S. 48–54; Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. V, S. 85 E–134 E.

41 Vgl. Dokumentation der Vertreibung, ebd., Bd. III, S. 59 E–80 E.



Frauen und Mädchen zu berichten weiß; in vielen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt. Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden.<sup>42</sup>

In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es:

„Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten nicht etwa um Einzelfälle, sondern um Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigsten Gewalttaten zu verzeichnen. Sie haben in massenhaftem Ausmaße bei und nach der Eroberung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in den Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden.“<sup>43</sup>

In seinem Buch „Anmerkungen zur Vertreibung“ zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:

„Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet. In Swientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen.“<sup>44</sup>

In Oberschlesien wurde z. B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben<sup>45</sup>. Die Täter von Lamsdorf oder Swientoch-

lowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter<sup>46</sup>.

Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die dort herrschenden KZ-ähnlichen Zustände:

„Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches... Deutsche Frauen mußten, den rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgüter fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern... Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die – als Arbeitskräfte verschmäht – Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entinnen... Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationslager zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer.“<sup>47</sup> Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z. T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.

42 Ebd., Bd. I, S. 60 Ef.

43 Vertreibung und Vertreibungsverbrechen (Anm. 5), S. 32 f.

44 A. M. de Zayas (Anm. 7), S. 141.

45 Vgl. Heinz Esser, Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager, Bonn 1971; ders., Die Hölle von Lamsdorf, in: H. Hupka (Anm. 6), S. 85–95. Heinz Esser war Lagerarzt in Lamsdorf.

46 Auf Parlamentarische Anfragen der CDU-Bundestagsabgeordneten Angelika Pfeiffer erklärte die Bundesregierung am 6. Dezember 1993, sie prüfe, inwieweit ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hagen gegen Täter von Lamsdorf durch polnische Behörden unterstützt werden könne. Grundsätzlich wolle die Bundesregierung auch eine Strafverfolgung „in allen Vertreibungsverbrechen betreffenden Fällen“ fördern. „Falls in solchen Verfahren ein Beschuldigter für die deutsche Justiz nicht erreichbar sein sollte, wird sich allerdings die Frage der Verfolgbarkeit solcher Straftaten (z. B. bei Verjährung) in dem betreffenden Aufenthaltsstaat stellen.“ Bundestagsdrucksache 12/6431, S. 10 f.

47 Dokumentation der Vertreibung (Anm. 4), Bd. I/1, S. 131 Eff.



Wie die Dokumentation des Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt. Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland als einen Teil der ihr zugesprochenen Reparationen deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen<sup>48</sup>.

In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als „Reparationsverschleppte“ sowie „Vertragsumsiedler“ gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mehr als 400 000 Menschen betragen habe, „wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200 000 verstorben.“<sup>49</sup>

Die genaue Zahl der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.

Erstmals hat im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind. Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882 000 Zivilisten umgebracht, was nahezu zehn Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach<sup>50</sup>. Davon starben etwa 311 000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen<sup>51</sup>.

Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen

Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450 000 und von den Sudetendeutschen etwa 273 000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen<sup>52</sup>.

Einschließlich der Kriegsverluste sind von über zwölf Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat<sup>53</sup>. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbanungsgebieten ums Leben gekommen sind.

Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ die Zahl von 350 000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei. Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350 000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220 000 Tote. Das ergebe, so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung<sup>54</sup>.

---

## VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

---

Knapp acht Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200 000 in der damals noch ungeteilten deutschen Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete dies bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust

48 Zu den Deportationen vgl. ebd., S. 79 E ff.

49 Vertreibung und Vertreibungsverbrechen (Anm. 5), S. 34.

50 Vgl. H. G. Steinberg (Anm. 34), S. 109.

51 Vgl. ebd., S. 118, 127.

52 Vgl. ebd., S. 122, 125.

53 Vgl. ebd., S. 104.

54 Vgl. H. Nawratil (Anm. 3), S. 75.



der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart. Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fand sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen Menschen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen<sup>55</sup>. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.

Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen: Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557 000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent<sup>56</sup>.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt eine Folge des allgemeinen Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst

erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und unzweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zumeist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren. Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren von 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt<sup>57</sup>. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ihren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer<sup>58</sup>.

Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher „Lastenausgleich“. Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen<sup>59</sup>.

55 Vgl. Hans Lukaschek, Die deutschen Heimatvertriebenen. Ein zentrales deutsches Problem, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1951, S. 4. Bis zum 30. 9. 1958 hatte Westdeutschland 9 339 000 Vertriebene, 3 136 800 Zugewanderte aus der Sowjetzone/DDR und 210 000 Flüchtlinge aufgenommen. Vgl. Tatsachen zum Problem der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1959<sup>4</sup>, Tafel 4.

56 Vgl. Das Vertriebenenproblem. Tagung des Internationalen Roten Kreuzes vom 9. bis 14. April 1951 in Hannover, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1951, S. 9.

57 Vgl. Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1982, S. 82.

58 Vgl. 40 Jahre Bundesvertriebenengesetz, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. Mai 1993, S. 490.

59 Vgl. Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen (Anm. 57), S. 27f. In der Präambel zum Lastenausgleichsgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet...“. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom



Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlings-siedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft. Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Vertriebenen bei den zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind<sup>60</sup>.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes und des Auslands lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände.

Durch die politischen Veränderungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist es auch wieder möglich geworden, kulturhistorische Zeugnisse in den Herkunftsgebieten der Flüchtlinge und Vertriebenen zu erhalten und zu pflegen. Vorhaben, die dieser neuen Aufgabe dienen, werden von der Bundesregierung unterstützt. Entsprechende Projekte in den Heimatgebieten, die im Geiste der Verständigung gemeinsam von Vertriebenen mit Vertretern der heute dort lebenden Nachbarvölker durchgeführt wurden, stellen zum Beispiel die 450-Jahr-Feier der Universität Königsberg am 27. September 1994 oder die Wiedererrichtung des Eichendorff-Denkmal im oberschlesischen Rati-bor am 4. September 1994 dar.

Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der

8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind.

60 Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Nr. 57, August 1994, S. 5. Hier wird für den Zeitraum von 1950 bis 1993 die Zahl von 3068212 Aussiedlern genannt.

deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet. Ein naheliegendes Kalkül Stalins, mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudeten-deutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaften der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten. So gehört die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertiger Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekanntem demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. Nicht ohne Grund hat der frühere bayerische Ministerpräsident Strauß zu Beginn der achtziger Jahre die deutschen Vertriebenen wegen ihrer entschiedenen Friedenspolitik für die Ehrung mit dem Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

---

## VII. Ausblick

---

Zu einer zukünftigen europäischen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll.

Genauso wie die vertriebenen Ostdeutschen nach dem Krieg für den Wiederaufbau in Westdeutschland ihren großen Beitrag geleistet haben, kommt den Millionen Vertriebenen und deren noch daheim lebenden Landsleuten heute beim Wiederaufbau des ost-, südost- und ostmitteleuropäischen Raumes, natürlich vor allem in den angestammten Heimatgebieten, eine Schlüsselrolle zu. Die in vielen Reden vor Vertriebenen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder beschworene Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarvölkern stellt heute eine der wichtigsten Optionen und Fundamente einer sich nach Osten hin orientierenden europäischen Politik dar. Das Potential der Ver-



triebenen und ihrer in den Heimatgebieten gebliebenen Landsleute in eine realistische Ost- und Europapolitik einzubringen war deshalb auch Thema einer Entschließung des Deutschen Bundestages vom 27. Mai 1993.

Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.

Zu Recht fragt Johann Georg Reißmüller in einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 23. Januar 1995: „Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch Wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?“ Reißmüller weiter: „Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle ‚aufrechnen‘. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit. Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht, wer möchte, daß im Gedächtnis der Nation auch die ungezählten Deutschen einen Platz haben, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchem Gedenken aufrufen.“

Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und die europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken. Dies gilt besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige

Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen.

Es hat ja in der Vergangenheit schon eine Reihe von guten Vorstößen gegeben, an die bei entsprechenden Bemühungen angeknüpft werden könnte. Erinnert sei an die Botschaft der polnischen Bischöfe an den deutschen Episkopat „Wir gewähren Vergebung – wir bitten um Vergebung“ vom 18. November 1965<sup>61</sup>. 1991 begingen vertriebene schlesische und polnische Katholiken gemeinsam die Feierlichkeiten aus Anlaß der Überführung Kardinal Bertrams in den Breslauer Dom. Die mutige Schrift Jan Jozef Lipskis „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ hat viele Vertriebene sehr bewegt, weil hier wie bereits in einer im Herbst 1984 in deutscher Sprache erschienenen Sonderausgabe der „Kultura“ – der führenden Zeitschrift des damaligen polnischen Exils, die auch als Sprachrohr der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen angesehen werden konnte – das bis dahin in Polen totgeschwiegene Thema der Vertreibung der Deutschen aufgegriffen wurde<sup>62</sup>. Eine ähnlich wegweisende Geste stammt vom tschechischen Präsidenten Vaclav Havel, der noch vor seiner Wahl am 21. Dezember 1989 erklärte, daß die Tschechen sich bei den Sudetendeutschen für den „Akt sehr harter Trennung einiger Millionen Menschen von ihrer Heimat“ entschuldigen sollten<sup>63</sup>. Hier sind Fundamente für einen schwierigen, aber unter Demokraten möglichen und notwendigen Dialog gelegt worden.

In den früheren Heimatgebieten gibt es bereits eine Fülle von Beispielen konkreter Zusammenarbeit zwischen vertriebenen Deutschen und heute dort lebenden Polen oder Tschechen, die Politiker in Prag und Warschau zu einem entsprechenden Dialog mit den führenden Repräsentanten der deutschen Vertriebenen ermutigen sollten.

61 Vgl. Versöhnung aus der Kraft des Glaubens, 1965–1985, hrsg. von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1985. Eine Dokumentation aus Anlaß des 20jährigen Jubiläums des Briefwechsels der deutschen und polnischen Bischöfe im Jahre 1965.

62 Vgl. Jan Jozef Lipski, Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen, Sonderdruck der Zeitschrift „Kontinent“, Nr. 22, Bonn 1989; Kultura, Sondernummer, den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet, hrsg. vom Institut Litteraire, Paris 1984.

63 Rude Pravo vom 3. 1. 1990.



## „Displaced Persons“

### Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte

Als die alliierten Armeen 1945 Deutschland besetzten, fanden sie im späteren Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen etwa 6,5<sup>1</sup> bis sieben<sup>2</sup> Millionen „Displaced Persons“ (DPs) vor; mit einem zahlenmäßig zwar geringeren Problem, aber einer insgesamt doch ähnlichen Situation wurden sie in Österreich und Italien konfrontiert. Unter den Status „DP“ fielen all jene Personen, die infolge des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat durch Kriegseinwirkungen und deren Folgen geflohen, vertrieben oder verschleppt worden waren<sup>3</sup>. In der Praxis beinhaltete diese Definition Zwangsarbeiter, die während des Krieges in deutschen Betrieben beschäftigt gewesen waren, Kriegsgefangene, ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge und Osteuropäer, die entweder freiwillig nach Kriegsbeginn die deutsche Wirtschaft unterstützt hatten oder 1944 vor der sowjetischen Armee geflüchtet waren. Darunter fielen nicht die vielen Millionen deutschen Flüchtlinge, die – wie beispielsweise die Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutschen – durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen.

In der US-Zone erhielt nur derjenige DP-Status, der vor dem 1. August 1945 diesen Besatzungsbereich erreicht hatte; ausgenommen von dieser Beschränkung waren rassisch und politisch Verfolgte, die auch weiterhin großzügig als „Verschleppte“ anerkannt wurden, selbst wenn sie erst nach der Befreiung nach Deutschland gekommen waren. Die britischen Militärbehörden verweigerten einen solchen Status prinzipiell all jenen, die nach dem 30. Juni 1946 ihre Zonengrenze überschritten hatten<sup>4</sup>.

Ein sowjetisch-amerikanisches Rückführungsabkommen vom 11. Februar 1945 hatte festgelegt, daß alle DPs, die in den zu besetzenden Gebieten vorgefunden wurden, in ihre Heimat zurück-

geführt werden sollten; auch mit Frankreich wurde ein Übereinkommen getroffen. Anfangs duldeten die Westalliierten die zwangsweise Rückführung der sowjetischen DPs mit allen negativen Konsequenzen für die Betroffenen, erkannten aber bald die Fragwürdigkeit des Abkommens. Gänzlich erfüllt hat die Vereinbarung nur die sowjetische Seite (bis auf die Deportationen von Deutschen als Zwangsarbeiter in ihrem Machtbereich); die westlichen Verbündeten hingegen hielten sich bald nicht mehr an die Bestimmungen. Schließlich legte eine UNO-Resolution vom Februar 1946 die Freiwilligkeit der Repatriierung fest<sup>5</sup>.

---

### I. Die jüdischen DPs

---

Eine vergleichsweise kleine Gruppe unter den DPs bildeten die jüdischen Überlebenden, die aber die Besatzungsbehörden vor schier unlösbare Probleme stellten: Eine Repatriierung kam hier nur in westliche Herkunftsländer in Frage; die Rückführung nach Osteuropa, woher die meisten Juden kamen, mußte aufgrund des dort weiter herrschenden Antisemitismus und der Zerstörung der jüdischen Gemeinden weitgehend ausgeschlossen werden. Waren die Voraussetzungen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands günstiger, so konnten doch weder das Armeepersonal noch die hastig errichteten DP-Lager die besondere Hilfe, die diese Menschen aufgrund der Verfolgung während der NS-Zeit benötigten, gewährleisten.

Erst allmählich verbesserten sich für sie die Lebensbedingungen. Der zunächst nur als vorübergehend geplante Aufenthalt stellte sich bald als Illusion heraus. Für einige tausend jüdische Überlebende, die – nach der weitgehenden Repatriierung der nichtjüdischen DPs – als einzige noch in den sogenannten Assembly Centers (Sammelagern) verblieben waren, endete das DP- und Lagerleben erst 1957, als das letzte jüdische und

1 Vgl. Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Archiv, Fi 01.76; J. J. Schwartz, DP-Report, 19. August 1945, S. 1.

2 Vgl. Leonard Dinnerstein, *America and the Survivors of the Holocaust*, New York 1982, S. 9.

3 Vgl. American Jewish Committee - Blaustein Library, *The Problem of the Displaced Persons. Report of the Survey Committee on Displaced Persons of the American Council of Voluntary Agencies for Foreign Service Inc.*, Juni 1946.

4 Vgl. Mark Wyman, *DP. Europe's Displaced Persons*, London-Toronto 1989, S. 58.

5 Vgl. Eberhard Jahn, *Das DP-Problem. Eine Studie über die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland*, Tübingen 1950, S. 34f.



damit auch letzte DP-Lager überhaupt, Föhrenwald bei Wolfratshausen, geschlossen wurde<sup>6</sup>.

Trotz erlebter Verfolgung und Verlust des persönlichen und familiären Umfelds sowie der Tatsache, daß sie sich – soeben dem deutschen Terrorapparat entronnen – noch immer in Deutschland befanden, waren es gerade die jüdischen Überlebenden, die unter allen DPs am schnellsten versuchten, der Lethargie zu entkommen und innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft ein beeindruckendes kulturelles und religiöses Leben zu entwickeln, das ganz der osteuropäischen jiddischen Tradition verhaftet blieb. Dieser „Lebensmut im Wartesaal“ kennzeichnete die Situation der jüdischen DPs in Deutschland.

Zalman Grinberg, der erste Präsident des Zentralkomitees der befreiten Juden in der amerikanischen Besatzungszone, nahm in seiner Rede im Oktober 1945 in München darauf Bezug: „Hier sammelt sich der Rest des Judentums und hier ist der Wartesaal. Es ist ein schlechter Wartesaal, aber wir hoffen, daß der Tag kommen wird, an welchem man die Juden an ihren Platz führen wird.“<sup>7</sup> Die „Süddeutsche Zeitung“ titelte 1953: „Föhrenwald – Wartesaal der Unglücklichen“<sup>8</sup> und verwies damit auf die Tatsache, daß in diesem DP-Lager noch immer über 1 500 Juden auf ihre Ausreise warteten.

Die Mehrheit war nach der Staatsgründung Israels 1948 und der etwa gleichzeitig erfolgten Liberalisierung der amerikanischen Einwanderungsgesetzgebung ausgewandert. Manche der noch in Deutschland Verbliebenen hatten inzwischen aufgrund der nicht enden wollenden schwierigen Lebensumstände den Weg aus den DP-Lagern in die Städte gesucht, sich dort mehr schlecht als recht eingerichtet und – trotz verständlicher anfänglicher Abwehr gegen eine Beteiligung am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft – einen Neuanfang gewagt. Später traten sie den neu gegründeten jüdischen Gemeinden bei, und ihre Nachfahren stellen noch heute einen bedeutenden Teil der Mitglieder. Andere, vor allem Kranke und alte Menschen, hatten sich entweder nicht für ein Auswanderungsland entscheiden können oder wegen

ansteckender Krankheit – meist Tbc – keine Aufnahme im Ausland gefunden; sie alle wurden schließlich, nachdem in den Jahren nach der israelischen Staatsgründung die meisten DP-Lager geschlossen worden waren, im jüdischen DP-Lager Föhrenwald, das seit 1951 unter deutscher Verwaltung stand, aufgenommen.

Erst als auch dieses geschlossen wurde, war für die „Sche'erit Haplejtä“, den „Rest der Geretteten“, wie die jüdischen Überlebenden sich selbst in Anlehnung an einen Bibelabschnitt nannten, das jahrelange Lagerleben beendet. Gleichzeitig aber bedeutete dies auch den Schlußpunkt einer beeindruckenden Phase jiddischen Lebens in Deutschland, das sich völlig unabhängig von der deutschen Bevölkerung in den „Ghettos“ der DP-Lager abspielte.

Das jüdische Nachkriegsleben in Deutschland wurde getragen von den ostjüdischen Einwanderern, deren größter Strom im Sommer und Herbst 1946 nach erneuten Pogromen in Kielce/Polen die westlichen Besatzungszonen Deutschlands erreichte. Mehr als 100 000 Juden – vor allem aus Polen, aber auch aus anderen osteuropäischen Ländern – fanden damals auf illegalen Routen über die tschechische und österreichische Grenze ihren Weg in die bereits bestehenden oder neu eingerichteten DP-Lager, wo sie auch weiterhin in ihren alten Traditionen lebten, jiddisch sprachen und aus den Lagern Föhrenwald, Belsen, Landsberg, Feldafing, Deggendorf, Lechfeld, Zeilshausen, Eschwege, Pocking und vielen weiteren größeren und kleineren „Assembly Centers“ kulturelle Zentren mit einem regen religiösen Leben machten.

Jüdische Hilfsorganisationen aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Palästina unterstützten die Überlebenden nicht nur mit finanziellen Zuwendungen, leisteten medizinische Hilfe und verteilten Lebensmittel, sondern gaben den körperlich und geistig gebrochenen jüdischen DPs die dringend notwendige psychische Unterstützung. Die Befreier – auf den Zustand der Überlebenden nur unzureichend vorbereitete Soldaten der alliierten Armeen – mußten sich in dem Chaos Nachkriegsdeutschlands zunächst auf die Organisation des täglichen Lebens besinnen, die dringend benötigten Unterbringungsmöglichkeiten nicht nur für die jüdischen, sondern für die Millionen nicht-jüdischer DPs schaffen und ihre möglichst schnelle Repatriierung planen, waren also kaum in der Lage, den Juden die erforderliche besondere Betreuung zukommen zu lassen. Erst nach und nach entwickelten die Militärs der Westalliierten mehr Verständnis für die speziellen Probleme der jüdischen DPs.

6 Vgl. zur Gesamtgeschichte der jüdischen DPs in Deutschland Angelika Königseder/Juliane Wetzels, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M. 1994.

7 Yivo Institute for Jewish Research, New York, Leo W. Schwarz Papers (Mikrofilmkopie im Zentrum f. Antisemitismusforschung, TU Berlin), fol. 135. Protokoll Nr. 13 der Sitzung des Rates beim Zentral-Komitee der befreiten Juden in Bayern, Deutsches Museum München, 14. Oktober 1945.

8 Vgl. Peter Jakob Kock, Das Lager Föhrenwald: ‚Eldorado‘ oder ‚Wartesaal der Unglücklichen‘?, in: Maximilianum, 4 (1993), S. 43.



Vor allem in der amerikanischen Regierung und Armeeführung erfolgte seit Sommer 1945 ein deutliches Umdenken, das positive Auswirkungen auf die Situation der Juden in der amerikanischen Besatzungszone zeigte.

Die britische Militäradministration und die Regierung in London allerdings folgten weder der liberalen amerikanischen Handhabung in der Frage, wer unter den besonderen Status eines DP's fiel, noch der Einsicht, daß jüdische Überlebende getrennt von anderen DP's unterzubringen waren. Geleitet wurde die britische Politik von der Rücksicht auf die Probleme in Palästina. Als Mandatsmacht befürchtete man arabische Reaktionen auf eine Liberalisierung der jüdischen Einwanderung nach Eretz-Israel (Land Israel). Diese Fragen standen wiederum in engem Zusammenhang mit der britischen Haltung gegenüber den jüdischen DP's in der von ihnen verwalteten Besatzungszone Deutschlands<sup>9</sup>.

Waren in der britischen Zone in der Höchstphase etwa 15 000 Juden in Lagern – insbesondere in Belsen-Hohne – untergebracht, so mußte die amerikanische Militäradministration nach dem Massenzustrom aufgrund der antisemitischen Pogrome in Polen im Sommer 1946 mehr als 140 000 jüdische DP's in den Lagern, vor allem in Bayern, versorgen. In der französischen Zone hingegen befanden sich Ende 1945 nur etwa 1 000 Juden in DP-Lagern und kleineren landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten, den sogenannten Kibbuzim.

In der sowjetisch besetzten Zone wurde das Problem der DP's nicht als solches anerkannt, also auch den jüdischen Überlebenden kein besonderer Status zugesprochen. Dies war vor allem auf das gänzlich andere Verständnis der sowjetischen Behörden von ihrer Funktion als Besatzungsmacht zurückzuführen. Die vollständige Umstrukturierung der Gesellschaft und die Besetzung der wichtigsten Ämter durch Kommunisten, die zum Teil die NS-Zeit in Konzentrationslagern zugebracht bzw. die Stalinschen Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, war vorrangigstes Ziel ihrer Politik. Die Verfolgten selbst übernahmen nun die politische Führung, was gleichzeitig bedeutete, daß die Angehörigen dieser Gruppe als rehabilitiert galten, also keiner besonderen oder besseren Fürsorge bedurften. Die Sowjets sahen sich folglich nicht dazu genötigt, DP-Lager in ihrer Zone zu errichten und Tausende von DP's zu ernähren. Alle größeren Ansammlungen von DP's wurden sofort aufgelöst, indem man die Betroffenen vor die Wahl stellte, entweder zurück in

ihre Heimat zu gehen, sich im neuen deutschen „antifaschistischen“ Staat zu integrieren oder zu verhungern<sup>10</sup>.

---

## II. Die Hilfsorganisationen

---

Vorrangiges Ziel der westalliierten DP-Politik war die Versorgung und vor allem die schnelle Repatriierung, also die Rückführung der Verschleppten in ihre Heimatstaaten. Keine größeren Probleme bereiteten die Franzosen, Niederländer, Belgier, Italiener und andere westliche Staatsangehörige, deren Repatriierung Ende Juni 1945 im großen und ganzen abgeschlossen war. Weit mehr Schwierigkeiten ergaben sich dagegen bei der Rückführung der ehemaligen Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus den Ostblockstaaten – nicht nur aufgrund mangelnder Transportmöglichkeiten, sondern auch, weil viele unter ihnen aus politischen Gründen nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten bzw. konnten. Die Ukrainer etwa, die schon ziemlich früh freiwillig in das nationalsozialistische Deutschland gekommen waren, befürchteten nicht ohne Grund Repressalien der kommunistischen Machthaber. Die Rückführung der polnischen „Displaced Persons“ hingegen ging aufgrund erheblicher Transportprobleme in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und in Polen selbst nur langsam voran<sup>11</sup>.

Aufgrund der Verzögerungen, die sich bei der Repatriierung ergeben hatten, bzw. weil sich diese für die jüdischen Überlebenden als unmöglich erwies, mußten mehr und mehr DP-Lager in ehemaligen Arbeitersiedlungen, Kasernen etc. eingerichtet werden. Deren Betreuung übernahmen die Armeen der jeweiligen Besatzungszonen und ab Herbst 1945 bzw. Frühjahr 1946 unter Obhut der Militäradministration die Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA), bzw. ab Juli 1947 die International Refugee Organization (IRO). Ende 1945 betreute die UNRRA in den westlichen Zonen Deutschlands 227 DP-Lager und in Österreich weitere 25; im Juni 1947 belief sich ihre Zahl auf 762: acht in Italien, 21 in Österreich, 416 in der amerikanischen und 272 in der britischen Zone Deutschlands. Diese Steigerung war im wesentlichen auf die Zuwanderung der osteuropäischen Juden seit dem Sommer 1946 zurückzuführen, denn immerhin hatte die UNRRA vom 1. November 1945 bis 30. Juni 1947 aus den drei Westzonen Deutsch-

---

10 Vgl. ebd., S. 10f.

11 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer, Göttingen 1985, S. 66f.

9 Vgl. A. Königseder/J. Wetzel (Anm. 6), S. 23, 44f., 54f.



lands 741 987 DPs – die meisten nach Polen – repatriieren können<sup>12</sup>. Immer noch befanden sich aber am 1. Juli 1947 in Deutschland 611 469 DPs, davon in der amerikanischen Zone 336 700, in der britischen Zone 230 660 und in der französischen Zone 44 109 „Verschleppte“, darunter 196 780 Polen, 168 440 Juden und 157 859 Balten. Ein Jahr später, am 1. August 1948 hatte sich die Zahl der DPs bereits deutlich verringert. In Deutschland lebten nun noch 493 928 Personen mit diesem Status, wobei die beiden stärksten Gruppen nach wie vor die Polen (131 961) und die Juden (122 708) waren<sup>13</sup>.

Die Aufgaben der UNRRA und später der IRO erstreckten sich (in Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, die in den DP-Lagern auch weiterhin für die Zuteilung von Lebensmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsmitteln zuständig waren) von der Erfassung, Betreuung und Repatriierung der verschleppten Personen bis hin zur Verteilung von zusätzlichen Lebensmitteln und Medikamenten, die vor allem das Rote Kreuz aus den verschiedensten Ländern zur Verfügung stellte.

Die zuständigen UNRRA-Teams, die im Frühjahr 1946 rund 750 000 DPs<sup>14</sup> zu betreuen hatten, bemühten sich zunächst darum, zur individuelleren Handhabung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Ukrainer, Russen und vor allem der zahlenmäßig stärksten polnischen DP-Gruppe die einzelnen Lager nach Nationalitäten getrennt zu belegen. Dies bedeutete für die nichtjüdischen DPs eine erhebliche Verbesserung ihrer Situation, konnte sich doch durch die Konzentration der einzelnen nationalen Gruppen ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl und damit auch ein regeres kulturelles Leben entwickeln.

Für die jüdischen DPs war die Unterbringung zusammen mit ihren polnischen, lettischen, ukrainischen Landsleuten, die sich nicht selten als Helfershelfer der Nationalsozialisten erwiesen hatten, keineswegs eine befriedigende Lösung gewesen – im Gegenteil, es trug eher zur Verschlechterung ihrer Situation bei. In der amerikanischen Zone war den dort lebenden Juden bereits im Herbst 1945 ein genuin jüdischer Status zuerkannt worden; entsprechend erfolgte bald die Einrichtung von jüdischen Lagern. Die Briten hingegen verweigerten den Juden diese Anerkennung und gestanden ihnen, und dies auch erst sehr spät, allenfalls eigene Blocks innerhalb der DP-Lager zu. Das führte schließlich dazu, daß die jüdischen Zuwanderer aus Osteuropa im wesentlichen in die amerikanische Zone drängten.

12 Vgl. M. Wyman (Anm. 4), S. 47, 75.

13 Vgl. E. Jahn (Anm. 5), S. 31.

14 Vgl. Malcolm J. Proudfoot, *European Refugees 1939–1952*, London 1957, S. 257.

### III. Die kulturelle Vielfalt

Die Homogenität, die sich – trotz unterschiedlich starker religiöser Ausrichtung und politisch divergierender Meinungen – in der US-Zone durch die gemeinsame Unterbringung jüdischer DPs bzw. jüdischer Flüchtlinge aus Polen bilden konnte, war die grundlegende Voraussetzung, daß sich in den Lagern ein gut durchorganisiertes Schulsystem, Bibliotheken, unzählige Theatergruppen, mehrere Orchester, alle wichtigen religiösen Einrichtungen wie Synagogen, Mikwen (rituelles Tauchbad), Koscher-Küchen sowie ein breit gefächertes Zeitungsangebot, das sich zumeist der jiddischen Sprache bediente (allerdings anfangs mangels hebräischer Drucklettern in lateinischen Buchstaben), entwickeln konnten.

Kulturelles Leben regte sich aber auch in den Lagern der nichtjüdischen DPs; vor allem die Religion spielte bald eine bedeutende Rolle. Kirchen wurden eingerichtet, Schulen gegründet, Sportclubs ins Leben gerufen, Fußballspiele und Sportfeste, wie etwa die jährliche „Baltische Olympiade“, abgehalten<sup>15</sup>. Ähnlich wie in den jüdischen DP-Lagern entstanden auch in den anderen „Assembly Centers“ eigene kleine Staaten im Staate, die sich innerhalb der neu gebildeten Lagerselbstverwaltungen entwickelten. In Belsen-Hohne etwa hatten sich die Angehörigen der verschiedenen Nationen bereits wenige Tage nach der Befreiung zu Selbsthilfekomitees zusammengeschlossen. Etwas später bildete sich auch innerhalb der jüdischen Gruppe eine eigene Vertretung, aus der im September 1945 das Zentralkomitee der befreiten Juden in der britischen Zone entstand.

Diese Eigenständigkeit konnte – weil sie aufgrund des britischen Mißtrauens gegenüber der Funktionsfähigkeit der Selbstverwaltung in dieser Zone dort nicht zu einer Einflußnahme auf die DP-Politik führte – nur in der US-Zone auch praktisch umgesetzt werden. Eines dieser erfolgreich durchgeführten Projekte ist das Pressewesen, das nicht nur zur Kommunikation der einzelnen Nationalitätengruppen untereinander beitrug, sondern gleichzeitig auch den physisch und psychisch zum Teil stark angeschlagenen DPs ein großes Maß an Selbstvertrauen zurückgab.

Die erste größere DP-Zeitung, der „DP-Express“, wurde im Juli 1945 an einem der wichtigsten Standorte der DP-Presse, in München, erstmals herausgegeben. Unter Chefredakteur Jerzy Swede wurde er wöchentlich vom „DP-Transient and Infor-

15 Vgl. M. Wyman (Anm. 4), S. 118.



mation Center“, das nach dem Eintreffen der UNRRA-Teams im November 1945 in deren Verantwortung überging, im Deutschen Museum herausgegeben. Um die DPs verschiedenster Staatsangehörigkeit zu erreichen, erschienen Beiträge in Deutsch, Englisch, Slowakisch, Polnisch, aber auch in Jiddisch. Am 18. Dezember 1947 wurde der „DP-Express“ in „Displaced Person's Newspaper-EXPRESS polish edition“ umbenannt und nur noch in polnischer Sprache gedruckt. Damit trugen die Herausgeber der inzwischen stark veränderten DP-Struktur Rechnung. Die polnischen DPs waren nun neben den jüdischen Überlebenden die stärkste noch verbleibende Gruppe. Letztere hatten inzwischen selber zahlreiche Zeitungen gegründet, mußten also nicht mehr auf ein allgemeines DP-Organ zurückgreifen.

Neben dem überregionalen Informationsblatt aus dem Deutschen Museum waren auch in den DP-Lagern selbst eigene Zeitungen entstanden, viele davon „illegal“, d. h. nicht – wie erforderlich – durch die Militärbehörden lizenziert. Nach der Einführung eines ordentlichen Lizenzierungsverfahrens für Verleger von DP-Presseerzeugnissen im August 1946 erhielten innerhalb weniger Wochen in der US-Zone 21 Zeitungen und Zeitschriften eine Lizenz, darunter sieben lettische, drei estnische, je vier jüdische und litauische sowie eine kalmückische, eine weißrussische und eine mehrsprachige<sup>16</sup>. Trotz dieser nun erfolgten Legalisierung standen die Zeitungen auch weiterhin unter starker Kontrolle der amerikanischen Besatzungsoffiziere – sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch des Inhalts. Durch die allgemeine Papierknappheit und die wenigen funktionsfähigen Druckereien ergaben sich automatisch Beschränkungen bezüglich der Seitenzahl und Auflagenstärke; die Texte wurden auf ihren demokratischen Inhalt und unzulässige Propaganda gegen die Repatriierung geprüft. Die bis Jahresende 1947 erreichte Zahl von 29 Zeitungen und 39 Zeitschriften mit einer Gesamtleserschaft von über einer Million zeigt den Erfolg und die Bedeutung dieser DP-Presseerzeugnisse<sup>17</sup>.

Aus dem Bereich des facettenreichen kulturellen Spektrums sei hier noch eine weitere Besonderheit herausgegriffen: die Einrichtung eigener DP-Universitäten. In der britischen Zone war eine „Baltische Universität“ in Hamburg und in der amerikanischen Zone Hochschulen in Pinneberg, Ravensburg, Esslingen, Ludwigsburg und München eröffnet worden. Die Gründung der UNRRA-Universität im Deutschen Museum in München erfolgte am 16. Februar 1946; einzelne

Hochschulkurse gab es bereits seit September 1945. Zum ersten Semester waren rund 2000 Studenten der verschiedensten Nationalitäten zugelassen, die von etwa 200 Professoren unterrichtet wurden; Mitte 1946 bestanden bereits sechs Fakultäten. Am 31. Mai 1947 wurde der Lehrbetrieb eingestellt und die Studenten auf die bayerischen Universitäten verteilt. Ein Antrag der Universitätsleitung und der Studenten, die UNRRA-Hochschule zu einer internationalen Universität umzufunktionieren, war gescheitert<sup>18</sup>. Die Schließung war erforderlich geworden, weil die UNRRA am 30. Juni 1947 ihre Arbeit in Deutschland beendete und die Nachfolgeorganisation IRO nicht sofort tätig werden konnte.

---

#### IV. Vorurteile der deutschen Bevölkerung

---

Der schwierige Umgang der deutschen Bevölkerung mit dem DP-Problem resultierte primär aus der Unfähigkeit, die moralische Verantwortung für die Folgen des Krieges zu übernehmen, war aber auch mit den realen Alltagsproblemen verbunden. Die meisten Deutschen hatten das Ende des Krieges nicht als Befreiung empfunden. Für sie bedeutete es das Ende der Illusion von der deutschen Übermacht, einen *Zusammenbruch* also, dessen Konsequenz Kampf ums Überleben, Mangelwirtschaft und Flüchtlingsströme waren. Schon die Aufnahme der acht Millionen eigenen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland allein in den Westzonen hatte Unmut bei der ortsansässigen Bevölkerung erzeugt. Es ging ihr mindestens ebenso schlecht, oft sogar lebten sie unter noch widrigeren Umständen. Die Millionen DPs hingegen, die jahrelang bestenfalls als Sklaven gegolten hatten, wurden nun bevorzugt behandelt, erhielten Lebensmittelzuteilungen, die einen Satz von ca. 2000 Kalorien gegenüber maximal 1000 Kalorien<sup>19</sup> für die deutsche Bevölkerung gewährleisteten – das führte zu Unverständnis und Neid.

Übertriebene Gerüchte über angebliche Plünderungsaktionen der DPs waren immer noch Folge der NS-Propaganda gegen „Untermenschen“, zu denen man neben den Juden vor allem die Polen

---

18 Vgl. Bernhard Zittel, Die UNRRA-Universität in München 1945–1947, in: Archivalische Zeitschrift, 75 (1979), S. 281–301; vgl. auch Juliane Wetzel, Jüdisches Leben in München. Durchgangsstation oder Wiederaufbau, München 1987, S. 123f.

19 Vgl. E. Jahn (Anm. 5), S. 60; A. Königseder/J. Wetzel (Anm. 6), S. 44ff.

16 Vgl. W. Jacobmeyer (Anm. 11), S. 201.

17 Vgl. ebd., S. 202.



und Sowjetbürger gemacht hatte. Eine Rolle spielte auch die ungewisse eigene Zukunft, die Frage, wie schnell es gelingen würde, Deutschland wirtschaftlich wiederaufzubauen, und welchen Platz man selber in dieser sich neu strukturierenden Gesellschaft erhalten könne – kurz, all jene Überlegungen, die das Verhalten gegenüber „Fremden“ schon immer beeinflusst haben und sich auch in der Geschichte der Bundesrepublik mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholen. Hinzu kam die Tatsache, daß die DP's praktisch für die deutsche Polizei und Rechtsprechung nicht greifbar waren, weil sie ausschließlich der Militärgerichtsbarkeit unterstanden. Wegen mehrerer Zwischenfälle durfte etwa deutsche Polizei seit Anfang April 1946 in der amerikanischen Zone jüdische DP-Lager nicht mehr betreten.

Diese Verordnung stieß auf Unverständnis bei den zuständigen deutschen Behörden, zumal die angebliche Verwicklung von jüdischen DP's in Schwarzmarktgeschäfte und damit zusammenhängende Schiebereien einen ständigen Streitpunkt zwischen der amerikanischen Militärregierung und deutschen Stellen bildeten. In der amerikanischen Zone lebten, wie erwähnt, die jüdischen Überlebenden in jüdischen DP-Lagern, konnten also leicht von den deutschen Nachbarn als Juden identifiziert werden. Fremdenfeindlichkeit sowie Abwehr gegen die Notwendigkeit, Verantwortung gegenüber den Opfern der NS-Herrschaft zu spüren, mischten sich mit alten antisemitischen Vorurteilen und führten dazu, daß den Juden eine überproportionale Kriminalitätsrate unterstellt wurde. Der Landrat des Kreises Wolfratshausen, zu dem das DP-Lager Föhrenwald gehörte, schrieb etwa am 21. Dezember 1945 an den Regierungspräsidenten in München, daß „besonders die Lagerbewohner, überwiegend Ostjuden, ... Schwarz- und Schleichhandel in unvorstellbarem Ausmaß betreiben. Der Geldbesitz der Genannten geht bei jedem einzelnen in die Zehntausende.“<sup>20</sup>

Diese Anschuldigungen – vor allem was das finanzielle Ausmaß anbelangt – entbehrten jeder realen Grundlage, wie der damalige Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, bestätigte: „Die unsichere Wirtschaftslage in Deutschland haben den Tauschhandel und Schwarzmarktgeschäfte zu einem allgemeinen Problem werden lassen. Selbst in diesem Bereich fallen die jüdischen Displaced Persons, verglichen mit anderen Displaced Persons oder gar der deutschen Bevölkerung, nicht besonders auf... In Anbetracht der Bedin-

gungen, unter denen sie [die jüdischen DP's] in Deutschland leben mußten, mit ungewisser Zukunft und schwer an ihrer Vergangenheit leidend, ist es meiner Meinung nach eine bemerkenswerte Leistung, wie sie Recht und Gesetz achten.“<sup>21</sup>

Sofern sich die jüdischen DP's tatsächlich eines Deliktes schuldig machten, handelte es sich eher um Kleinkriminalität, die damals auch bei den Deutschen notgedrungen an der Tagesordnung war, wie etwa Tauschhandel und der Besitz von falschen Ausweispapieren. In Kapitalverbrechen oder Raubüberfälle waren die überlebenden Juden so gut wie nie verwickelt. Im Rahmen der gesamten Gruppe der DP's wiederum, die etwa an den 11 445 im Dezember 1948 in der amerikanischen Zone registrierten Schwarzhandelsvergehen nur in 401 Fällen beteiligt war, machte die Gruppe der jüdischen DP's im Verhältnis einen noch geringeren Teil aus<sup>22</sup>. Untersuchungen haben ergeben, daß die in ganz Deutschland von der Bevölkerung verbreiteten Plünderungs- und Gewaltlegenden über die DP's nur in Ausnahmefällen einen realen Hintergrund hatten<sup>23</sup>.

Eine diskriminierende Einstellung gegenüber den DP's manifestierte sich auch, als die Betreuung der DP-Restgruppe am 30. Juni 1950 in deutsche Zuständigkeit übergang und die bundesrepublikanischen Behörden damit beauftragt wurden, die endgültige Abwicklung des DP-Problems zu übernehmen. Aus den „Displaced Persons“ wurden „heimatlose Ausländer“, denen eine rechtliche Gleichstellung mit deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen verwehrt wurde<sup>24</sup>.

Der jahrelang praktizierte Verdrängungsmechanismus gegenüber der NS-Geschichte insgesamt hat sich auch auf die Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen der DP's im Nachkriegsdeutschland ausgedehnt. Nur selten spielte dieses Thema in den letzten Jahrzehnten in Untersuchungen zur Nachkriegsgeschichte eine Rolle. Bis auf wenige Ausnahmen entdeckte die Geschichtswissenschaft erst in den letzten Jahren dieses Thema. Im Sommer dieses Jahres wird anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung erstmals in Deutschland eine internationale Konferenz zur Problematik der jüdischen DP-Geschichte stattfinden<sup>25</sup>.

21 YIVO, LWSP fol. 69. Rabbi Bernstein's Report, 26. Oktober 1947, S. 9f.

22 Vgl. IfZ, Archiv, Fi 01.81; Gerhard Jacoby, The Story of the Jewish DP vom 6. 6. 1948, S. 14.

23 Vgl. W. Jacobmeyer (Anm. 11), S. 210–215.

24 Vgl. ebd. S. 229.

25 Veranstalter der Konferenz, die im Juli 1995 in München stattfinden wird, sind u. a. das Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt und das Institut für Zeitgeschichte in München.

20 Stadt Archiv München. LRA Wolfratshausen 144 808.



## **Hans-Adolf Jacobsen: Der Zweite Weltkrieg – Eine historische Bilanz**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 3–12

Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs kann nur im Rahmen globaler Interdependenz auf allen Kriegsschauplätzen und unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen von Politik und Kriegführung angemessen analysiert und bewertet werden. Dies hat die internationale zeitgeschichtliche Forschung überzeugend nachgewiesen. Als Antwort auf die mißglückte Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg versuchten die drei „Habenichtse“ – Japan, Italien und Deutschland – in einem imperialen Eroberungszug die Welt neu unter sich aufzuteilen. Die NS-Führung verband damit ihren Vernichtungs- und Ausbeutungskrieg, der am Ende zum „Großgermanischen Reich deutscher Nation“ führen sollte. Die herausgeforderten Großmächte – England, die Sowjetunion und die USA – kämpften dann zwar gemeinsam die Aggressoren militärisch nieder, was aber nicht hieß, daß sie für die gleichen Ziele und Ideale eintraten. Der 1944/45 sichtbar gewordene ideologische und machtpolitische Antagonismus der „Antihitler-Koalition“ war einer der entscheidenden Ursachen für den ausbrechenden „Kalten Krieg“. Japan, Deutschland und Italien haben in recht unterschiedlicher Weise ihre jüngste Geschichte aufgearbeitet.

## **Albrecht Lehmann: Die Kriegsgefangenen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 13–19

Das politische Leben der Nachkriegszeit war bis in die Mitte der fünfziger Jahre von drei offenen Fragen überschattet: von der Forderung auf Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie von der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage für die entstehende Bundesrepublik ist heute kaum noch in der Öffentlichkeit präsent. Der Aufsatz vermittelt einen Eindruck von den Lebensverhältnissen in den Gefangenenlagern, erörtert die in der Öffentlichkeit verbreiteten Kenntnisse und Ansichten über das Lagerleben in verschiedenen Gewahrsamsländern. Ein weiterer Aspekt des Themas ist der Vergleich der Lebensbedingungen der deutschen Kriegsgefangenen mit denen der „feindlichen“ Gefangenen der Wehrmacht, insbesondere mit dem Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener. Das Einleben in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der entstehenden Bundesrepublik und das Wiedereinleben in die veränderten Familiensituationen war für viele Heimkehrer ein schwieriger Prozeß.

## **Alfred Theisen: Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 20–33

Obwohl es eine Fülle von Dokumentationen und Publikationen zur Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges gibt, ist diese deutsche und europäische Tragödie mit ihren weitreichenden Folgen bis in die Gegenwart in der politischen Diskussion hierzulande weitgehend ausgeblendet worden. Die Erforschung des Schicksals von Millionen Vertriebenen in der ehemaligen DDR ist erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus möglich geworden.

Die Aufnahme von etwa acht Millionen Vertriebenen allein in der amerikanischen und britischen Besatzungszone erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der Nachkriegsjahre als ein unlösbares Problem. Ein naheliegendes Kalkül Stalins, mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, ging jedoch nicht auf, weil die Landsmannschaften der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten.

## **Juliane Wetzel: „Displaced Persons“. Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/95, S. 34–39

Als die alliierten Armeen 1945 Deutschland besetzten, fanden sie im späteren Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen etwa 6,5–7 Millionen „Displaced Persons“ (DPs) vor. Es handelte sich in erster Linie um ehemalige Zwangsarbeiter, um KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene – also um Personen, die während des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat geflohen, vertrieben oder verschleppt worden waren. Problemlos verlief die Rückführung der Westeuropäer in ihre Heimatländer, erhebliche Schwierigkeiten bereiteten dagegen die Bürger aus den Ostblockstaaten, die sich mehrheitlich aus Angst vor Repressalien weigerten, nach Hause zurückzukehren. Eine zunächst vergleichsweise kleine Gruppe unter den DPs, dann jedoch vermehrt durch einen größeren Zustrom von Juden, die Polen wegen der dortigen antisemitischen Pogrome verließen, bildeten die jüdischen Überlebenden, die fast ausnahmslos keine Heimat mehr hatten und deshalb versorgt werden mußten, bis sich ein Aufnahmeland für eine Auswanderung fand. Selbstverwaltung und vielfältige kulturelle Aktivitäten halfen den DPs, den oft jahrelangen Aufenthalt in den eigens eingerichteten DP-Lagern und die widrigen Lebensumstände zu ertragen.